Nr. 80. Sonntag, den 4. April 1886. III. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrirter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Nach der Entscheidung.

Das Sozialistengesetz ist am verflossenen Freitag auf zwei Jahre in unveränderter Gestalt verlängert worden. Damit hat sich die Sache so gestaltet, wie wir sie von vornherein auffaßten. Die Anträge des Herrn Windthorst waren in der That nur gestellt, um für das Zentrum den Schein zu retten, als sei es mit dem Gesetze nicht einverstanden. Aber der Versuch des Herrn Windthorst, die schon seit Jahren getriebene Spielfechterei auch diesmal noch fortzusetzen, ist als gescheitert zu betrachten; es giebt nun keinen denkenden Menschen mehr, der nicht begriffe, daß der Bestand des Sozialistengesetzes dem Zentrum allein zu verdanken ist. Eine Anzahl von Mitgliedern dieser Partei wird sich freilich vor der öffentlichen Meinung darauf berufen können, daß sie gegen das Gesetz gestimmt hat. Allein damit ist für die Partei als Gesammtheit nichts gewonnen; das Zentrum wird sich vor seinen Wählern wegen des Fortbestandes des Sozialistengesetzes verantworten müssen und diese Verantwortung wird keine angenehme sein; sie wird manchem „Schwarzen“ das Mandat kosten.

Die Freisinnigen haben es gelernt, was es heißt, wenn man als Mitglied einer Oppositionspartei für ein Ausnahmegesetz stimmt. Denn man kann doch nicht zwei Herren dienen. Deshalb haben die Freisinnigen diesmal geschlossen gestimmt, so schwer dies auch Einzelnen gefallen sein mag. Die unbekehrbaren Anhänger des Sozialistengesetzes blieben weg, wie Forckenbeck und Genossen; die Herren Horwitz, Alexander Meyer, Beifert u. A. aber thaten sich die großartige Selbstverleugnung an, gegen das Gesetz zu stimmen.

Man war sich der Verantwortlichkeit, die man auf sich nahm, wohl bewußt. Daher kam's auch, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung nur mit Mühe die nöthigen Unterschriften fand, denn die Anhänger des Sozialistengesetzes im Zentrum hatten es vorgezogen, sich nicht durch eine namentliche Abstimmung der Aufmerksamkeit und der Kontrole des großen Publikums auszusetzen.

Nebst dem Herrn Windthorst, welcher den demagogischen Theil der Rolle des Zentrums in diesem Stück durchzuführen hatte, ist es wohl am meisten der Abgeordnete Dr. v. Hertling, welcher den dem Sozialistengesetz freundlich gesinnten Theil des Zentrums dirigirt hat. Dieser Herr ist eine von den parlamentarischen Figuren, von denen es in einem alten Lied heißt:

„Hundertfünfzig Professoren —
Vaterland, du bist verloren!“

Ein Mann, der immer thut, als ob er auf seinem Katheder stände und der demgemäß in einem langweilig dozirenden Ton seine veralteten Anschauungen vorträgt. Die Wissenschaften hat dieser Mann untrüglich sämmtlich gepachtet, was er in seinen nach dem Lampendocht riechenden rhetorischen Stilübungen niemals zu betonen verfehlt. Er marschirt auf dem äußersten rechten Flügel des Zentrums und hat die Gewohnheit, seine Doktrinen im Tone päpstlicher Unfehlbarkeit vorzutragen. Er spricht seinen Fluch über alles moderne Wesen aus und hätte, wäre er ein Hindu, sicherlich die vortrefflichsten Anlagen, ein Säulenheiliger zu werden. Und diesem Manne verdankt man nun eine Institution, die so tief in unser ganzes öffentliches und politisches Leben einschneidet! Es geschehen doch Zeichen und Wunder an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts!

Indessen darf man nicht glauben, daß die demagogischen Künste der Ultramontanen und der Konservativen mit den parlamentarischen Verhandlungen über das Sozialistengesetz erschöpft sind. Nun gilt es, den weiten Kreisen der Bevölkerung, die den Werth des Sozialistengesetzes nicht einsehen wollen, die abermalige Verlängerung plausibel zu machen und die „Stimmungsmacher“ sind schon tüchtig an der Arbeit. Da wird von Konservativen, Ultramontanen und Nationalliberalen gleichzeitig wieder das bekannte Paradepferd vorgeritten, daß repressive Maßregeln allein nicht ausreichten, um Befriedigung und Besserung zu erzielen, sondern daß auch „positive Reformen“ geschaffen werden müßten.

So heißt es jedesmal, wenn es sich um das Sozialistengesetz und seine Wirkungen handelt; aber was ist mit den „positiven Reformen“ bis jetzt geworden? Wenn man die Arbeiten der konservativen, ultramontanen und liberalen Parteien z. B. in der Arbeiterschutz-Kommission betrachtet, so hat es schier den Anschein, als seien sie alle gleichmäßig bemüht, zu verhindern, daß etwas zu Stande kommt, oder es doch wenigstens hinauszuschieben. Wenngleich auf der Rechten und im Zentrum in allen Tonarten gegen das Manchesterthum losgezogen worden ist, so fällt es den Herren doch gar nicht ein, mit wirklichen Reformen in die Herrschaft der Idee des liberalen Mancherthums Bresche zu legen. Sie möchten gerne Gesetze schaffen, auf die sie hinweisen und den Arbeitern sagen könnten: Seht, das haben wir Alles für Euch gethan! — Diese Gesetze sollen aber zugleich so beschaffen sein, daß sie den Herren Schöpfern nicht unbequem werden können, das heißt, an den gegenwärtigen Zuständen sollen nur unwesentliche oder auch gar keine Aenderungen vorgenommen werden. Voilà tout — das ist der ganze Witz. —

Ob man im Zentrum und auf der Rechten wirklich glaubt, daß die Volksmassen auch auf die Dauer dieses Spiel nicht zu durchschauen vermögen? — Nun, abwarten und Thee trinken!

Politische Uebersicht.

Das „Berl. Tageblatt“ schreibt:

„Die Sozialdemokraten spielen sich so gern als die alleinseligmachenden Vertrter der Arbeiterinteressen auf. Dem gegenüber wird uns aus der Arbeiterschutzgesetzkommission des Reichstags vom gestrigen Tag gemeldet: Die heutige Sitzung der Arbeiterschutzkommission kam nicht zu Stande, da 35 Minuten nach der zum Beginn bestimmten Zeit erst 11 Mitglieder von 28 versammelt waren. Vor der Trennung konstatirte ein Mitglied die Abwesenheit der Vertreter der sozialdemokratischen Partei, was in Anbetracht des Umstandes, daß die Sozialdemokraten gerne bei anderen Parteien das nöthige Interesse für die Fragen des Arbeiterschutzes vermissen, wohl angebracht war.“

Wir bemerken hierzu, daß auch die Anwesenheit der beiden Sozialdemokraten die Kommission nicht beschlußfähig gemacht hätte: „Wo waren die außerdem noch fehlenden 15 Kommissionsmitglieder?“ die Sozialdemokraten haben an allen Sitzungen ausnahmslos theilgenommen, während die Mitglieder aus den anderen Parteien in der Regel erst durch Boten „eingefangen“ werden mußten, um eine beschlußfähige Sitzung zu ermöglichen, in welcher dann in der breitesten Weise der Arbeiterschutz beleuchtet wurde, so daß einem unwillkürlich das Gefühl überkam, als wolle man durch endlose Debatten, die absolut nichts Neues brachten, die Vorlage in der Kommission ersticken. Wir halten uns verpflichtet, auf dies im Gegensatz zu der oben mitgetheilten, ganz unmotivirten Anzapfung zu konstatiren. — Zum Schluß wollen wir bemerken, daß die beiden Sozialdemokraten in Folge ihres gemeinsamen Wohnungswechsels erst um 12 Uhr Mittags in den Besitz der Einladung kamen, worauf sie sich sofort in die Sitzung begaben, die jedoch 2 Minuten vorher geschlossen worden war. Der Herr Abg. Löwe machte die Zuspätkommenden auf den bereits erfolgten Schluß aufmerksam. — Am Sonnabend konnte, wie wir erfahren, die Arbeiterschutzkommission wiederum keine beschlußfähige Sitzung abhalten. Die Sozialdemokraten waren am Platze. Wo sind die „entrüsteten“ anderen Herren?

Alle Nachrichten über die kirchenpolitische Lage sind mit Vorsicht aufzunehmen. Von einem Abbruch der Verhandlungen zwischen Regierung und Kirche dürfte keine Rede sein, wenn die Verstimmung der Regierung auch nicht gering sein mag. In Rom scheint man mit dem gemäßigteren Auftreten des Bischofs Kopp durchaus nicht so einverstanden zu sein, wie man erst versicherte. Im Gegentheil, förmliche Entschuldigungen soll, nach dem „Hannov. Kour.“, Domherr Reuß dem Abgeordneten Windthorst im Namen des Kardinals Jacobini überbracht

Feuilleton.

Der Trödler.

Roman von A. E. Brachvogel.

(Fortsetzung)

Er hatte sich vorgenommen, jetzt, wo möglicher Weise Alles für Mathilden auf dem Spiele stand, jede Rücksicht gegen Hennings bei Seite zu setzen. Justus glaubte, wie mancher kräftige Charakter, es sei besser, wenn's sein müsse, den Leuten zur rechten Zeit ihre Wunden zu zeigen, als Vermittlungen und krankhafte Ausflüchte zu ersinnen, die das Elend nur verlängern, weil sie es mit eiler Hoffnung umkleiden. Er hatte sich deshalb, seinem eigenen Freundschaftsgefühle für Hennings entgegen, mit aller Kälte, Trockenheit und starrer Energie gerüstet, die ihm so außergewöhnlich zu Gebote standen, und trat mit einem kurzen „guten Tag“ zu Hennings ein. Wohl bemerkte er die tiefe Bekümmerniß und den Gram in des alten Herrn Angesicht, die Verfallenheit, in welcher Josua sich körperlich befand, aber er zwang sich zur Gleichgiltigkeit und nahm auf dem Stuhle Platz, auf welchen der Kaufmann wortlos deutete.

„Sie haben mich rufen lassen, Herr Hennings! Nu — was wollen Sie denn?“

Hennings antwortete nicht. Er ergriff nur die Rechte, welche ihm Justus zögernd überließ, und richtete sein Auge starr, brennend, mit unbeschreiblicher Traurigkeit auf den Trödler.

„In dieser Stube, Justus, war's, wo Ihr mich Verlassenen damals von der Cholera errettet!!“

„Ach, Herr Hennings, was sind denn das für Reden!“ —

„Wäre ich damals gestorben, Justus, es wäre für meinen Jungen besser gewesen. Er wäre entweder in Ihrer Hand geblieben, oder zu fremden Leuten gekommen, wäre rauh und energisch, aber zur Arbeit, für's reelle Leben erzogen worden! Ich hab's versäumt, hab's nicht verstanden, mein Gott; — bin ja selber eitel, hoffärtig und verblendet gewesen! — Nun kommen die Folgen! 's ist vielleicht unrecht, Justus, daß ich Mathilden rufen ließ, nach dem Rettungsengel seufzte, da es fast zu spät ist. Aber wer das gräßliche Gefühl eines Vaters zu ahnen vermag, der, an der eigenen Gruft stehend, sein einzig Kind in's Unglück, durch seine Schuld in's Unglück rennen sieht, der mag mich beklagen, aber er wird mir Alles verzeihen, was ich in der Todesangst thue! — Justus, Ihr habt mir schon einmal das Leben gerettet, helft mir den Sohn retten, seine Zukunft sichern — und ich will gern sterben und Euch vor Gott danken!!“

Die ehernen Entschlüsse des Trödlers erhielten einen harten Stoß. Das alte Freundschaftsgefühl, die Empfindung des Dankes und der Erinnerung tauchten mächtig auf und spiegelten sich in seinen Zügen, aber so leicht gab Schätzlein den Kampf um sein geliebtes Kind nicht auf. Der berechnende Verstand, die kalte Vernunft mit ihren mannigfachen Bedenken siegten über seine Bewegung.

„Sie wissen, Herr Hennings, daß ich Edmund's Erziehung stets getadelt, daß ich voraussah, was kommen mußte, und darum selbst den Sohn meines Freundes, dem ich Dank schulde, den Sohn eines reichen Mannes für mein Kind als — ein Unglück ansah. — Sie selber wollten auch anders mit ihm hinaus! Natürlich! Eine Trödlerstochter ist nicht für den! Wir waren also einig, und Sie schickten Ihren Sohn nach S . . .“

„Wir waren leider einig. Wäre Edmund hier unter unseren Augen geblieben, dahin wär's nicht gekommen!“

„Doch, doch, glauben Sie's mir!“

„Aber in Oberhoff brachten Sie die Kinder doch noch zusammen, Justus? Mein Vaterherz sagt mir, Sie haben dabei andere Absichten gehabt, die Ihre Abneigung Lügen strafen!“

„'s scheint zwar so, Herr Josua, und doch ist's nicht der Fall. Man hat mitunter seine schwachen Stunden, und das war so eine. Ich hoffte zwar, wenn ich die Erinnerung der Jugend bei dem jungen Manne im letzten Augenblick wach riefe, das werde im Stande sein, ihn von dem eitlen Wege abzuhalten, werde ihm das Vaterhaus und Mathilden bei allen Versuchungen vor's Auge führen, dachte dabei gewiß mehr an Ihren Sohn, als an mein Kind, denn ich habe einmal den Edmund sehr lieb gehabt! — Was hat's genutzt?“

„Nichts, Schätzlein! Nichts! — In seinem Beruf als Jurist ist er allerdings fleißig gewesen, alle Berichte, die Kornell empfing, sagen's, aber 's ist meinem Sohne mehr darum zu thun, seinen Ehrgeiz damit zu befriedigen, als seinen Beruf wirklich zu lieben. Das Leben in S . . . hat ihn in den Taumel vornehmer, kostspieliger Vergnügungen gebracht, seine Schulden, die ich bezahlen mußte, sind ganz widersinnig, und ich fürchte, er verheimlicht noch das Meiste. Und Alles, Alles, weil ihn die Baronesse Wolkenstein ködert, die kein Vermögen hat, über der er Mathilden vergaß, und welche sein Unglück sein, ihn bei sich und allen soliden Leuten in Mißkredit, o, mein Gott, an den Bettelstab bringen wird! Und Mathilde liebt ihn noch! Ach, Justus, wenn Jemand ihn retten kann, ist's ein einfaches, schlichtes Mädchen, ist's Mathilde! Wenn ein Mensch dem Schicksal Halt gebieten kann, das ihn erwartet, seid Ihr es, Justus! Ich hab's bei rechter Zeit versäumt, nun ist's vorbei! Edmund ist majorenn, und wenn sich meine Augen schließen, wird ihn nichts hindern, seinen eigenen, unsinnigen Weg zu gehen. Das fühle ich jetzt mit unnennbarer Angst, und deswegen greife ich zu dem einzigen Rettungsmittel, das ich sehe!“

Ein Augenblick tiefer Stille erfolgte. — Justus hätte ein viel härteres Gemüth haben müssen, um mit seinem alten Freunde nicht tiefstes Mitleid zu empfinden, er hätte aber auch unbesonnener oder eigennütziger sein müssen, als er war, wenn ihm nicht die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit, hier zu rathen, klar gewesen wäre.

„Mein lieber Freund Hennings, was soll ich Ihnen sagen? Könnte ich Ihnen wirklich helfen, ich thät's, aber wie soll ich denn? — Wenn Edmund meines Kindes vergessen hat und einer Baronesse, wie dieser dort, nachläuft, was hilft es, wenn ihn Mathilde noch so sehr lieb hat? Soll darum mein Kind auf jedes eheliche Glück verzichten, sich an einen Menschen binden, der von ihr nichts wissen will? Das können Sie, dürfen Sie nicht verlangen, und müssen selbst einsehen, es ist besser, wenn sie sich den Edmund aus dem Sinn schlägt!“ —

„Wird sie das?“ —

haben für das Auftreten des Bischofs Kopp im Herrenhaus, der zu seinen entgegenkommenden Aeußerungen im Herrenhause nicht autorisirt gewesen sei.

Schutzzölle auf frische Blumen, Gemüse, Baumschulartikel verlangt in der „Deutschen Garten-Ztg." der Gärtnereibesitzer Krätzschmar in Langensalza. Die Konkurrenten treiben es nach der Ansicht des Verfassers auch gar zu arg. Entrüstet ruft Herr Krätzschmar aus: „Französische Firmen, die in den siebziger Jahren mit deutschen Gärtnern nur französisch korrespondirten und deutsche Korrespondenz gänzlich ignorirten, entblöden sich nicht, heut zu Tage deutsch verfaßte Preisverzeichnisse in deutscher Reichswährung an die kleinsten deutschen Gärtner zu senden!" Hierzu bemerkt die „Freis. Ztg.": Daß die großen deutschen Exportindustrien ihre Offerten und Preislisten in allen Kultursprachen der Welt versenden, sieht den biederen Langensalzaer Gärtnereibesitzer in seiner nationalen Entrüstung nicht an. Er ruft alle seine Fachgenossen zu einem Petitionssturm an den Reichstag auf, um „auf eine gesetzliche Weise uns unserer Peiniger zu entledigen". Uebrigens glaubt der Verfasser, schon mit einem Schutzzoll in Höhe des zehnfachen Preises der Waare auskommen zu können. — Das genügt!

„Die konservative Partei hat wenigstens noch niemals das Verschulden auf sich geladen, auf die niedrigsten Volksinstinkte zu spekuliren und die Leidenschaften der Massen aufzuregen, was zu thun Herr Eugen Richter mit seinen Freunden keinen Augenblick Bedenken trägt." — Also schreibt man der „Nordd. Allg. Ztg." aus der Provinz. Die „Norddeutsche" schwiege besser. Es ist noch nicht lange her, daß man es im konservaten Lager nicht verschmähte, den niedrigsten Rassenhaß anzuschüren, um konservative Stimmen zu werben. Heute möchte man allerdings Herrn Stöcker abschütteln, aber nicht um der lieben Moral willen, sondern weil mit ihm kein Geschäft mehr zu machen ist.

Zu rasche Volksvermehrung. Ein Herr J. C. Perlberg versendet mit dem Poststempel Offenbach a. M. an die Handelskammern eindringliche Vermahnungen gegen die nach seiner Ansicht zu rasche Vermehrung des deutschen Volkes. Eine solche Zuschrift hat folgenden Wortlaut: „Die wahre Ursache der wirthschaftlichen Bedrängniß ist die unsinnig rasche Volksvermehrung dadurch, daß in Deutschland jährlich 500 000 Geburten mehr sind, als Sterbefälle. Wo soll das hinaus? muß sich jeder Denkende fragen. In einigen Jahren wird in Amerika der Rest des bis jetzt noch unbebauten Bodens vergeben sein; wohin dann mit unserem Bevölkerungsüberschusse? Deutsche Ehepaare sollten sich mit zwei Kindern begnügen und nicht 5 bis 8 in die Welt setzen, wie es leider so oft der Fall ist. Soll nicht Deutschland an Uebervölkerung und Ueberkonkurrenz verkümmern und heillosen Zuständen entgegengehen, so bekämpfe man den Leichtsinn in der Kindervermehrung; namentlich wäre es Aufgabe der Geistlichkeit, belehrend und ermahnend auf die gedankenlose Menge einzuwirken zu suchen." — Das alte Märchen stirbt nicht aus, daß wir zu viel Menschen und zu wenig Waaren hätten! Uebrigens befolgen die Prediger solcher Lehren gewöhnlich am wenigsten, was sie von anderen fordern. Man denke nur an Professor Ad. Wagner, der bei jeder Gelegenheit der Menschheit den Hungertod prophezeit, wenn sie weiter so fruchtbar bleibe, und der trotz alledem in außerordentlichster Weise für die Vermehrung der Menschen thätig ist.

Ueberflüssige Stellen in Preußen sind — wie der „Reichsfreund" sehr richtig bemerkt — diejenigen der Lotteriekollekteure. Es giebt keinen bequemeren, müheloseren Gewinn, als die Prozente, welche ein preußischer Lotteriekollekteur bezieht. Um den Absatz der Loose braucht er sich keine Mühe zu geben. Man drängt sich heran, um ein Loos zu erhalten. Ein Risiko läuft der Kollekteur auch nicht. Denn er giebt kein Loos heraus, ohne das baare Geld dafür schon eingenommen zu haben. Es ist nicht schwerer Lotterieloose zu verkaufen, als mit Briefmarken zu handeln. Jedermann, der in der Volksschule die vier Spezies gelernt hat, ist dazu im Stande. Es ist weit schwieriger, Unterbeamter bei irgend einer Behörde zu sein, als Lotteriekollekteur. Wir wissen nicht, wieviel Prozente die Lotteriekollekteure eigentlich erhalten. Früher wurden dieselben einmal auf 1½ pCt. vom Preise der Loose berechnet. Der Werth der Lotterieloose berechnet sich auf jährlich ca. 28 Millionen Mark. Danach bezögen also die Kollekteure 420 000 Mark jährlich, das ist über 10 pCt. vom Ueberschuß des Staates aus der Lotterie. Vielleicht ist es aber noch weit mehr. Diese Einnahme soll gegenwärtig mit der Zahl der Lotterieloose verdoppelt werden. Die kleinsten, oft wenig einträglichen Posten im Staate werden sonst nur vergeben nach Prüfungen, Probeleistungen, Militärdienstleistungen oder unter sonstigen schwierigen Bedingungen. Lotteriekollekteur kann jeder werden, den die Generaldirektion in Berlin mit einem solchen Posten begnadigen will. Wir wollen ja nicht verkennen, daß viele Lotteriekollekteure, je weniger Anforderungen ihr Amt an sie stellt, sich desto eifriger bemühen, bei den Wahlen und bei politischen Demonstrationen jeder Art im Sinne ihrer hohen Vorgesetzten thätig zu sein. Aber echte Gesinnungstüchtigkeit verlangt nicht nach Bezahlung; jedenfalls kann dieses Moment nicht in Betracht kommen, da, was der Lotteriekollekteur aus der Staatskasse zuviel erhält, der Steuerzahler ohne Unterschied für den Staat mehr aufbringen muß. Die konservatio nationalliberale Mehrheit hat uns jetzt mit einer Verdoppelung des öffentlichen Glücksspiels in Preußen bedacht. Die Zahl der Lotterieloose wird vom Oktober ab von 80 000 auf 160 000 erhöht werden. Wenigstens sollte man bei dieser Gelegenheit darauf Bedacht nehmen, die Stellen der Lotteriekollekteure, welche unseres Wissens sämmtlich auf Widerruf verliehen sind, einzuziehen und die Ausgabe der Loose anderweitig durch irgend welche Personen für eine geringe Vergütung im Nebenerwerb besorgen lassen.

Amtliches Ergebniß der Reichstagswahl in Esens-Aurich (2. Hannover). Es wurden im ganzen 11 226 Stimmen abgegeben, davon fielen auf Kruse (nationalliberal) 5572, auf Hacke (freis.) 5197 und 449 auf den Kandidaten der Sozialdemokraten, Oehme. Es ist daher eine engere Wahl nothwendig.

Für die eventuelle Nachwahl in Kassel nach der Ungiltigkeitserklärung des Mandates des konservativen Abg. Lotz (vergl. Parlamentarisches) haben nach der „Frankf. Ztg." die Nationalliberalen bereits Prof. Enneccerus in Aussicht genommen. Die Sozialisten wollen für Wilhelm Pfannkuch stimmen, welcher im Falle seiner Wahl sein Berliner Reichstagsmandat, wie man hört, niederlegen würde. Getrennt von den Konservativen marschiren diesmal die Mitglieder des antisemitischen „Deutschen Reform-Vereins", die ihren eigenen Kandidaten haben wollen.

„Ein Bände wiegendes Geständniß" — so nennt die rechtsliberale „Elberf. Ztg." die Mittheilung, daß die Besitzer der Steinbrüche zu Tournai beschlossen haben, die im September bezahlten Löhne wieder einzuführen; man hoffe, dieser Vorschlag werde zu einem Ausgleich führen. — Die so schon sehr geringen Löhne waren also im verwichenen Herbst noch heruntergegangen. — Der Ausruf des rechtsliberalen Blattes kann nur den einen Sinn haben, daß nun die wahre Ursache des Aufruhrs zu Tage liege. Und so ist es auch: Die belgischen Unruhen sind lediglich entstanden durch die geistige und materielle Unterdrückung des arbeitenden Volkes in den dortigen Gegenden.

Belgien.

Auch der Brüsseler Korrespondent der „Nat. Ztg." weist auf das maßlose Uebertreiben der Nachrichten über die letzten Tumulte hin. „Es ist sicher, schreibt er, daß in der auswärtigen Presse ebenso wie ursprünglich in der belgischen die von den Streikenden angerichteten Verwüstungen in übertriebener Weise dargestellt worden sind. „Trümmer von zahllosen Fabriken, Schlössern, Klöstern, eine Unsumme zerstörten Eigenthums", sagte Herr von Putlkamer ungefähr im Deutschen Reichstage. Dies ist nun übertrieben. Kein einziges Schloß ist in Brand gesteckt worden, falls man nicht etwa das Haus des Glasfabrikanten Baudoux als ein Schloß bezeichnen sollte. Ein einziges Kloster ist mehr oder minder geplündert und vielleicht angezündet worden — man ist nicht einig hinsichtlich dieses Punktes. In mehreren Fabriken sind Verwüstungen angerichtet worden, die bezüglichen Meldungen waren jedoch übertrieben.

Offenbar fand eine Panik statt. Die Journalisten haben natürlich alles, was sie hörten, geschrieben und telegraphirt und so haben mancherlei Uebertreibungen über Brandstiftungen und Plünderungen die Wanderung durch die europäische Presse gemacht. Jetzt werden nun aber die meisten Meldungen richtig gestellt. Ich sprach gestern mit einer Persönlichkeit, deren Schloß ebenfalls in Brand gesteckt worden sein sollte. Ich fragte nach Einzelheiten dieses Vorganges und erfuhr, daß das Schloß nach wie vor unversehrt ist. Baudoux, der Muster-Glasfabrikant, dessen Etablissement wirklich zerstört wurde, erklärt, daß er dasselbe wieder aufbauen wird. In einem Jahre will er die Arbeiten wieder aufnehmen lassen."

Oesterreich-Ungarn.

Im Abgeordnetenhause beantragte Schönerer die Verstaatlichung des Inseratenwesens, dagegen Aufhebung des Zeitungsstempels und der Kaution.

— Ungarn hat seine Grenzsperre gegen Borstenvieh aus Rumänien aufgehoben, was die bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen, wie man hofft, erleichtern wird.

— Dem Vernehmen nach soll in der am 2. April unter dem Vorsitz des Kaisers stattgehabten Konferenz der österreichischen und ungarischen Minister eine prinzipielle Verständigung über den Ausgleich erzielt worden sein.

Frankreich.

Der Verweltlichung der Volksschule hat nunmehr auch der Senat zugestimmt. In kürzester Zeit wird — schreibt man der „Voss. Ztg." — Frankreich ein Gesetz haben, welches bestimmt, daß an keiner öffentlichen Schule, die von der Gemeinde oder dem Staate unterstützt wird, Priester irgend eines Bekenntnisses als Lehrer wirken dürfen und daß der Unterricht an den öffentlichen Schulen durchaus nicht im Sinne irgend eines Glaubens gefärbt sein darf. Natürlich steht es den Glaubensgemeinden oder einzelnen dazu befähigten Personen, geistlichen ebenso wie weltlichen, frei, Schulen zu errichten, wo sie wollen; aber diese Schulen dürfen keine Zuwendung öffentlicher Gelder empfangen und die Schüler müssen sich einer Prüfung vor einer Staatsbehörde unterziehen, wenn ihre Eltern nicht wegen Uebertretung des Schulpflichtgesetzes bestraft werden sollen. Jetzt erst besitzt Frankreich die dreifache Vorbedingung der Herandildung eines neuen Geschlechts aufgeklärter und denkfähiger Bürger: die Pflichtmäßigkeit, die Unentgeltlichkeit und die Weltlichkeit des Volksschulunterrichts. Die ultramontane Partei im Senat hat sich natürlich ihr mächtigstes Bollwerk, die Volksschule, nicht ohne Weiteres entreißen lassen. Sie setzte dem Gesetzentwurfe einen wahrhaft verzweifelten Widerstand entgegen, und wenn die Berathung darüber drei Wochen dauerte, so war es eben, weil sie ihr Gebiet Schritt für Schritt vertheidigte und gegen jeden einzelnen Paragraphen mit immer gleichem Ungestüm und ohne Ermüdung Vorstöße ausführte. Gegen den Grundsatz selbst, daß die Staatsschule von jeder Glaubensfärbung frei bleiben müsse, war nichts zu unternehmen. Eine zu große Mehrheit hatte sich in der Kammer wie im Senat für ihn ausgesprochen. Man suchte ihm also mit Kniffen und auf Umwegen beizukommen. Bardoux beantragte, es solle den Gemeinderäthen vorbehalten bleiben, zu bestimmen, ob sie ihre Volksschulen verweltlichen oder in der Hand geistlicher Lehrer lassen wollen. Wäre der Antrag angenommen worden, so hätte man das Gesetz als in den Brunnen gefallen ansehen können, denn die Gemeinderäthe wären, wenigstens in den Dörfern und Flecken, leicht zu beeinflussen gewesen und hätten in vielen Fällen aus bloßem Beharrungstriebe und aus der allen Ungebildeten eigenen Abneigung gegen Neuerungen für die Beibehaltung der bestehenden Kongreganisten-Schulen gestimmt. Der Antrag wurde verworfen. Jules Simon bekämpfte dann im Namen der Freiheit — wozu man alles dieses Wort verwenden kann! — den Artikel, welcher bestimmt, daß in öffentlichen Schulen blos weltliche Personen unterrichten dürfen. Die Ausschließung der Geistlichen, auch solcher, die das Lehrbefähigungszeugniß besitzen, von Anstellungen an öffentlichen Schulen ist nach ihm eine Ungerechtigkeit und eine Versündigung an der Gleichheit (égalité). Der Senat lief égalité égalité sein und ging über Jules Simon's Krokodilstränen zur Tagesordnung über. Barbey versuchte noch eine Bestimmung durchzudrücken, nach welcher „in Ausnahmsfällen" der Minister das Recht haben sollte, auf ausdrückliches Verlangen des Gemeinderathes das Weiterbestehen einer, mit öffentlichen Geldern unterstützten Kongreganisten-Schule zu gestatten. Der Antrag hatte dasselbe Schicksal wie der Bardoux'sche und das Gesetz, vom Minister Goblet tapfer vertheidigt, ging aus der Berathung unversehrt hervor. Wenn es nun auch im richtigen Geiste durchgeführt wird, so kann sich die Republik rühmen, einen Fortschritt verwirklicht zu haben, dessen sich noch kein anderes Kulturland erfreut.

Großbritannien.

In London fand am Freitag eine von den angesehensten Handelsherren, Bankiers und Kaufleuten der City besuchte Versammlung statt, in welcher eine Resolution, welche die Errichtung eines irländischen Parlamentes in Dublin den Interessen Englands und Irlands nachtheilig erklärt, einstimmig angenommen wurde. Gladstone wird sich dadurch nicht irre machen lassen.

— Am Freitag erörterte im englischen Unterhause Mc. Laren die Bestrebungen der deutschen Regierung und anderer Regierungen, den Handel ihrer Länder auf ausländischen Märkten zu fördern, und stellte den Antrag, die Regierung möge die Nothwendigkeit der Ernennung geeigneter diplomatischer Agenten in allen Hafenstädten erwägen, welche die Aufgabe hätten, den britischen Handel zu fördern. Unterstaatssekretär Bryce bekämpfte den Antrag und erklärte, die Regierung sei bereits mit Nachforschungen sowie mit der Erwägung des Planes beschäftigt, die Wirksamkeit der diplomatischen Vertretung zum Zweck der Förderung des Handels zu erhöhen. Die Konkurrenz fremder Länder sei unzweifelhaft eine scharfe, die deutschen Kaufleute reüssirten indeß um deswillen besser, weil sie nicht nur aufrichtiger wie fleißiger seien, sondern auch weil sie eine bessere Erziehung besäßen. Aus diesem Grunde reüssirten nicht nur die Deutschen, die deutsche Unterthanen seien, sondern auch diejenigen Deutschen, die englische Unterthanen seien. Der Antrag Mc. Larens wurde ohne besondere Abstimmung abgelehnt.

Italien.

Auch Mailand hat seinen Arbeitertumult gehabt, wenn auch sehr en miniature. Am Donnerstag wurden Arbeiter, welche sich weigerten, beim städtischen Octroi die Steuer für Brot, welches sie in einer nicht mehr steuerfreien Quantität mitbrachten, zu verzollen, mit den Zollwächtern handgemein und im Verlauf des Streits verhaftet. Abends rotteten sich viele Arbeiter auf dem Domplatz zusammen, zogen vor das Stadthaus und die Viktor-Emanuel-Galerie und zertrümmerten Fensterscheiben und Straßenlaternen. Einige Alpenjäger-

---

„Ich hoffe es, muß wenigstens als Vater dazu thun! Wie Ihr Sohn einmal ist, giebt es auch mit Mathilden keine glückliche Ehe, selbst wenn er die Boronesse laufen ließ, glauben Sie mir das! Solche Menschen bessert höchstens — das Elend!" —

„Sie sind entsetzlich, Schätzlein! Das Elend!"

Der Alte schauderte in sich. Dann rief er plötzlich mit furchtbarer Angst: „Giebt's denn kein Mittel, keins, dem Schlimmsten vorzubeugen! Sinnen Sie, Justus, einziger, alter Freund, sinnen Sie, und was es auch sei, ich thu's!"

„Haltet 'nen Augenblick!" fuhr Justus empor. „Laßt mich nachdenken, Herr Hennings!"

Der Trödler schritt gedankenvoll auf und nieder, in seinem Hirn und Herzen arbeitete es gewaltig, dicker Schweiß stand auf seiner Stirn.

Hennings harrte lautlos. Sein ängstlicher Blick hing an jeder Miene, jeder Bewegung des Andern.

Plötzlich stand Schätzlein still. „Ich hab' Ihnen 'nen Vorschlag zu machen! — Erst aber will ich draußen abriegeln, denn was ich zu sagen habe, verträgt kein anderes Ohr weiter, als das des großen Vaters im Himmel, der allein die Absichten und Wege der Menschen kennt." —

Mit hastigen Schritten trat er ins Wohnzimmer, schloß dessen Thür nach außen ab und kehrte langsam, gedankenvoll zu Hennings zurück. — —

Es vergingen mehrere Stunden, ehe Schätzlein zu den Seinen zurückkam. Als er wieder in den Laden trat, war sein Aussehen das eines traurig bewegten Menschen. Von sonstiger Härte schien nicht ein Schatten übrig. Er küßte Mathilden und seine Frau herzlich.

„Meine Tochter," sagte er sanft, „ob auch Edmund nie Dein Mann wird, den alten Hennings kannst Du immer wie einen Vater ansehen. Sei um ihn, so oft er will, es wird ihn trösten. Was Edmund betrifft, kann ich Dein Gefühl nicht kommandiren, aber ich denke, der Unselige wird schon selbst Alles dazu beitragen, daß Du ihn — vergessen mußt!"

— — — — — — — — — — — — —

Am andern Tage war Josua Hennings trotz seines Unwohlseins höchst beschäftigt. Advokat Lex und verschiedene Herren vom Gericht gingen aus und ein. Schurrig hatte Befehl erhalten, die Inventur des Geschäfts vorzunehmen, und auch Schätzlein war viel bei Josua. In seinen Ruhestunden aber liebte es der alte Hennings, vornehmlich Mathilden bei sich zu sehen, ein Glück zu träumen, was nur in der Einbildung und dem matten Strahle einer letzten, vielleicht irrigen Hoffnung lag. Indeß besserte sich Josua's Gesundheitszustand wieder, und Physikus Nagel erklärte: „Nun habe die Sache nichts mehr auf sich, der Sommer würde ihn schon kuriren!" Seine Gemüthsverfassung war eine ruhigere, er schien sogar mit einem größeren Gleichmuth dem ferneren Treiben seines Sohnes zuzusehen, und sein Herz wendete sich immer mehr mit zärtlicher, väterlicher Neigung zu der Tochter Schätzlein's. Er verkehrte überhaupt mit der Familie viel und lebte sich in ihren Kreis so ein, wie er es wohl nie für möglich gehalten hatte. Verleugnete er auch nach wie vor den großen Kaufmann nicht, so betrachtete er Justus doch fortan wie seines Gleichen, verachtete jegliche Bemerkungen Anderer darüber, und entfremdete sich absichtlich ganz den Kreisen Derer, welche sonst seine fröhlichen Genossen und Gesellschafter gewesen waren.

Die Zeit der letzten Ferien nahte und für Edmund nunmehr die Nothwendigkeit, S... zu verlassen, um daheim sein letztes Examen zu bestehen. Er konnte den peinlichen Augenblick, den „kalten Stein" zu betreten, unmöglich länger verschieben, und war sich lebhaft aller fatalen Auftritte bewußt, welche zwischen ihm und dem Vater, wie durch eine Begegnung mit Mathilde und den Ihrigen entstehen mußten. Sein Entschluß, die Trödlerstochter brieflich und eben so langsam wie zart auf die Veränderung seiner Gefühle, auf seine neue Art Liebe vorzubereiten, war an seiner Feigheit gescheitert, der Feigheit, etwas zu thun, was er doch so gern wollte, aber wovon ihn das ängstliche Pochen seines Herzens abhielt. Er hatte also während zweier Jahre still geschwiegen und, wie er sich sagen mußte, Alles dadurch verschlimmert. Es war ihm jede Kraft abgegangen, nach B. zurückzukehren, hätte ihn dazu nicht unvermuthet ein neues Ereigniß getrieben. Um Astarte's willen hatte er sich allen früheren Beziehungen entfremdet und lebte nur ihr und ihren Umgebungen. Natürlich hatte er der Baronesse längst mitgetheilt, daß die Ferien ihn nach Hause riefen und er daselbst sein Amt antreten werde. Astarte wie deren Mutter hatten dies höchlich gebilligt, und es war davon, als von einer abgemachten Sache, keine Rede mehr.

Unvermuthet erhielt die Baronin aus der Residenz B. aber die frohe Nachricht, daß eine Schwester ihres verstorbenen Mannes, die Gräfin Weigelsberg, durch das endliche Gelingen einer Jahre langen Intrigue Oberhofmeisterin der Kronprinzessin geworden sei und nun für Wollensteins etwas thun zu können hoffe. Dies bestimmte Mutter und Tochter, welche vielerlei Ursachen halber S... herzlich satt hatten, nach der Hauptstadt, Edmund's Heimath, überzusiedeln. Diese Nachricht erfüllte Edmund natürlich mit höchstem Entzücken und gab ihm die nöthige Energie, allen Unannehmlichkeiten des „kalten Steins" die Stirn zu bieten. Was sollte er noch in dem langweiligen S...? In der Residenz aber als Assessor, und seines Konkurrenten Gildern entledigt, welcher in der Garnison zu S... zurückbleiben mußte, hoffte er seine Herzensangelegenheit bei Mutter und Tochter besser zu fördern. Er verzögerte, als die Ferien angebrochen, daher seinen Abgang, um das Vergnügen zu haben, mit den beiden Damen die Reise zusammen zu machen.

Gerade wie er mit den Vorbereitungen hierzu beschäftigt war, erhielt er einen Brief aus B.

Die schlechte Schrift kam ihm bekannt vor. — Er riß ihn auf.

„Ew. Wohlgeboren

muß ich leider die schmerzliche Nachricht mittheilen, daß gestern Mittag Ihr trefflicher Herr Vater plötzlich am Schlagfluß verstorben ist. Was Ihren Aufenthalt auch noch verzögern mag, hoffe ich doch, Sie werden sich gemüßigt sehen, sofort herzukommen, damit der Sohn dem Vater die letzte Ehre erweise.

Ergebenst
Justus Schätzlein."

Kompagnien trieben die Demonstranten auseinander, säuberten den Domplatz und besetzten die Galerie.

Spanien.

Die Neuwahlen stehen vor der Thür. Am letzten Sonntag haben bereits die sogenannten Interventionenwahlen stattgefunden, das sind die Wahlen der Vertrauensmänner, die bei der Wahl als Vorstände, Beisitzer und Protokollführer zu wirken haben. Die Kandidaten der liberalen Ministeriellen erhielten 3118, die der vereinigten Konservativen 1268 und die Anhänger des Republikaners Castelar 493 Stimmen. Einen vollkommenen Mißerfolg haben die vereinigten Republikaner unter Pi y Margal und Salmeron zu verzeichnen, welche nur 63 Stimmen erhielten. Bei der Wahl in Spanien siegen stets die Ministeriellen.

Rußland.

Die Ausländer nehmen uns alle gut bezahlten Stellen weg, mit dieser Klage sucht man die Russen gegen die Fremden, also besonders die Deutschen aufzuhetzen. Zu diesem Zweck veröffentlicht jetzt z. B. der halbamtliche „Warschawski Dnjewnik" nachstehende statistische Daten: Auf den größeren Fabriken, welche mehr als 10 Arbeiter beschäftigen, arbeiten in allen 10 Gouvernements, mit Einschluß Warschau's, 107 000 Mann. Hiervon entfallen auf Warschau selbst 15 000, auf das Warschauer Gouvernement 23 000 und auf das Gouvernement Petrikau 53 000. Von diesen sind 14 000 ausländische Unterthanen, abgesehen von vielen Ausländern, welche in den russischen Unterthanenverband eingetreten sind. Dieselben vertheilen sich in folgender Weise: auf Warschau kommen 1300, auf das Gouvernement Warschau 2600 und auf das Gouvernement Petrikau 8700. Von den auf den kleinen Fabriken beschäftigten 15—20 000 Arbeitern sind etwa 3000 Ausländer; dieselben seien vorherrschend im Gouvernement Petrikau zu finden. Was nun die von den Ausländern bekleideten Posten anbetrifft, so seien nur etwa die Hälfte derselben einfache Arbeiter; die übrigen seien in der Administration der Fabriken angestellt, als Direktoren, Ingenieure, Mechaniker, Buchhalter u. s. w. In Lodz seien nur 5 pCt. der einfachen Arbeiter Ausländer, während etwa 80 pCt. der gut bezahlten wichtigen Posten von Ausländern besetzt sind. Und Aehnliches finde man in dem ganzen Gebiet. — Daraus schließen die russischen Leser natürlich, nicht daß Rußland mehr für technische und kaufmännische Bildung seiner Unterthanen thun müsse, sondern vielmehr, daß es sein Gebiet energisch von den Fremden zu säubern habe.

— Der Kaiser und die Kaiserin von Rußland sind am Mittwoch nach Livadia, dem Lustschloß der kaiserlichen Familie in der Krim, abgereist. Der „Köln. Ztg." zufolge sind bei dieser Reise auf Sicherheitsmaßregeln längs den Bahnstrecken, Truppenversendungen u. s. w. 1 700 000 Rubel (zirka 5 508 000 Mark) verwandt worden!! — Glückliches Rußland!

Balkanländer.

Nach den letzten Athener Nachrichten ist man in Konstantinopel auf eine Offensive von Seiten Griechenlands gefaßt. Die Situation ist überaus gespannt. Die Vertheidigungsarbeiten in den Dardanellen werden sehr eifrig betrieben. Italienische sowie österreichische Torpedoboote sind zur Unterstützung der in der Suda-Bai vereinigten Flotte der Mächte abgegangen. Der Petersburger Korrespondent der „Daily News" behauptet positiv, daß die russische Regierung beschlossen habe, in einigen Wochen Bulgarien zu besetzen, falls Fürst Alexander sich nicht unterwerfe.

Amerika.

Nach einer Meldung der „Times" verhandelt der Kongreß in Washington seit zwei Tagen über eine Bill, welche die Beilegung der Streiks auf den Eisenbahnen durch Schiedsgerichte zum Zwecke hat. Der Gesetzentwurf wird wahrscheinlich angenommen werden, obgleich der Sprecher bezweifelt, daß das Gesetz wirksam sein wird.

— Die Aufständischen in Uruguay sind durch General Tajes in blutiger Schlacht völlig geschlagen. General Castro mit allen Offizieren und 400 Mann gefangen. Arredondo, der Leiter des Aufstandes, hart verfolgt, wird sicher gefangen werden.

Parlamentarisches.

Ueber das Jagdrecht der Lehrer handelt ein am 24. März erstatteter Kommissionsbericht der Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses. Ein Lehrer beklagt sich, daß ihm die Regierung die durch Ministerialreskript vom 20. Mai 1853 vorgeschriebene Erlaubniß zur Erlangung eines Jagdscheines nicht ertheilt habe. In der Verhandlung der Kommission wurde mitgetheilt, daß der Kultusminister unter dem 5. September 1885 verfügt habe, daß die Zirkularverfügung vom 20. Mai 1853 nicht in ihrem ganzen Umfange aufrecht zu erhalten sei. Es heißt in der betreffenden Ministerialverfügung: „Die Lehrer sind durch keine gesetzliche Bestimmung von der Ausübung der Jagd ausgeschlossen. Sie ist daher zu gewähren, wenn nicht in der Persönlichkeit oder in der Amtsführung Gründe vorliegen, aus welchen sie im dienstlichen Interesse einem Lehrer zu untersagen ist. Aus allgemeinen Erwägungen oder Befürchtungen darf dies nicht geschehen. Es müssen vielmehr nachweisbare Thatsachen vorhanden sein, durch welche die königliche Regierung sich veranlaßt sieht, von ihrer Disziplinarbefugniß Gebrauch zu machen." Die Kommission des Abgeordnetenhauses beantragt über die Petition des Lehrers Petri Uebergang zur Tagesordnung, in der Erwartung, daß das erwähnte Reskript, an die Regierung von Aachen gerichtet, sämmtlichen Regierungen zur Nachachtung empfohlen und in Verfolg dessen dem Antragsteller Gelegenheit geboten werden wird, seinen Antrag auf Ertheilung eines Jagdscheins demnächst an geeigneter Stelle zu wiederholen.

Die Ungiltigkeitserklärung der Wahl des konservativen Abgeordneten Lotz wird von der Wahlprüfungskommission aus folgenden Gründen beantragt. Erstens wegen des Verbotes einer sozialistischen Wählerversammlung durch das königl. Polizeipräsidium in Kassel, weil Thatsachen nicht vorgelegen hätten, welche die Annahme rechtfertigten, daß in der Versammlung gemeingefährliche Umsturzbestrebungen gefördert werden sollten. Sodann ist in Hoof und ebenfalls in Großenritte die Wahlhandlung vor 6 Uhr Abends geschlossen worden. Die Kommission hat deshalb die in Hoof und Großenritte nicht abgegebenen Stimmen der Gesammtzahl und dem Minoritätskandidaten zugerechnet. Schon durch letzteren Umstand wird die Majorität des Abg. Lotz hinfällig.

Lokales.

Bei der hiesigen Omnibusgesellschaft scheint man noch nicht von dem Grundsatze auszugehen, daß die Angestellten auch „sozusagen Menschen" sind. Wir waren kürzlich Zeuge einer Szene, die an sich unbedeutend, doch einen Einblick in die Anschauungen und Gewohnheiten der Direktion gestattete. Auf einen in voller Fahrt befindlichen Omnibus stieg nämlich ein Herr mit brennender Zigarette. Ausdrücklich wollen wir hervorheben, daß der betreffende Herr beim Betreten des Inneren sofort die Zigarette aus dem Munde nahm. Unmittelbar hinter demselben wollte ein anderer Herr ebenfalls das Innere des Wagens betreten, zog es jedoch vor, auf das Verdeck zu steigen, indem er dem Schaffner seine Mißbilligung aussprach, daß im Wagen geraucht würde. Soweit ist der Vorfall unbedeutender Natur. Die ernste Seite der Sache, unserer Ansicht nach sogar eine sehr traurige Seite, ist der Umstand daß der Schaffner über die Aeußerung, daß „im Wagen geraucht werde", rein in Verzweiflung gerieth und erzählte, daß er erst vor kurzem wegen genau eines ebensolchen Vorfalls in eine beträchtliche Geldstrafe genommen sei. Wenn jetzt jener Herr sich auch wieder beschweren würde, müßte er noch einmal zahlen, jedoch bei der nächsten Beschwerde, also der dritten um eine Lappalie, würde er, ohne daß die Direktion ihn überhaupt ein einziges Mal anhöre, entlassen werden. Wissen möchten wir wirklich, mit welchem Rechte die Omnibusgesellschaft ihre Angestellten mit anderem Maße mißt, als die Fahrgäste. Ist die Person, die 10 Pf. Fahrgeld zahlt, etwa glaubwürdiger als diejenige, die dasselbe annimmt? Die Beschwerde eines Einzelnen also genügt, um einem Angestellten beträchtliche Geldstrafen aufzuerlegen, ja sogar ihn plötzlich zu entlassen. Der Schaffner aber muß Zeugen haben, wenn die Direktion ihm Glauben schenken soll. Daß mit solchen Zuständen der elendesten Denunziation Thür und Thor geöffnet ist; daß es jedem Menschen, der gegen irgend einen der Angestellten etwas im Schilde führt, freisteht, einen Familienvater plötzlich um Lohn und Brod zu bringen, leuchtet wohl ein. Im Interesse der Humanität hoffen wir, daß die Direktion das Unrecht, welches in derartigen Vergewaltigungen liegt, einsehen wird und in Zukunft — sagen wir — humaner verfährt.

Daß der Prophet nichts in seinem Vaterlande gilt, muß Herr Stettenheim, welcher auf einer Vortragsreise begriffen ist, jetzt zu seinem Schaden erfahren. Nachdem er in Oesterreich freundlich aufgenommen worden, ist er nach Westpreußen gegangen, und gerade hier, auf dem reinsten fortschrittlichen Boden, hat er das Mißgeschick erlebt, daß ihm die „Danziger Leitung", das Organ der dortigen Deutschfreisinnigen, trocken erklärt, der „Grund zur Veranstaltung dieser Vorlesungen sei ihr nicht klar geworden". „Die Sachen, die zum Vortrag kamen," heißt es dann weiter, „waren zum größten Theil bekannt und der Vortrag an sich war doch nicht in der Weise ausgezeichnet, daß er für sich selbst auf Interesse rechnen konnte. Ueberdies war das Gebotene auch kaum dem Inhalt nach ausreichend, das Interesse der Hörer gleichmäßig wach zu erhalten. Am meisten gefielen die Erzählungen der Berliner Muckenichs und des Hamburger Puttfarken, der die Unvernünftigkeit des Sterbens deduzirt. Doch darf auch hier nicht zu viel angeboten werden; auf den Schluß des zweiten Schwankes, z. B., wo hypothetisch alle nicht Gestorbenen von Adam an in einer Gesellschaft zusammengebracht waren, hätten wir gerne verzichtet. Auch die Lyrik Wippchen's war unserem Geschmack nach etwas zu gedehnt."

Wie erheblich unsere Geschäftsinhaber durch den Konkurs eines ihrer Konkurrenten geschädigt werden, davon kann man sich augenblicklich vielfach überzeugen an den leider sehr zahlreichen Geschäftsläden, an denen die gerichtliche Konkurs-Erklärung prangt und die schon früh Morgens von Kauflustigen umdrängt sind, noch bevor die Verkäufer sich veranlaßt finden, den Laden zu öffnen, denn diese Herren haben nicht nöthig, auf die Wünsche des Publikums besonders Rücksicht zu nehmen. Vor einigen Tagen kaufte die Ehefrau eines hiesigen Beamten in einem solchen Konkurs-Ausverkauf zwei Damenmäntel und einen Herrenschlafrock; der Laden war gedrängt voll und neben ihr handelte eine andere Frau um verschiedene Gegenstände, darunter ein wollenes Unterkleid. Nach Abschluß des Handels nahm der Verkäufer die Sachen, um sie einzupacken und brachte den beiden Käuferinnen alsbald ihre Packete zurück. Beim Oeffnen des Packets zu Hause fand aber die Käuferin des Schlafrocks statt desselben das von der Frau neben ihr erhandelte Unterkleid vor. Als sie sich am nächsten Tage in den Laden zurückbegab, um den Umtausch zu bewirken, war der betreffende Verkäufer nicht anwesend und sie wurde zum Wiederkommen eingeladen; jetzt ist sie bereits drei Mal dort gewesen, stets vergeblich, weil der betreffende Verkäufer niemals anwesend ist; daß unter diesen Umständen die Frau überhaupt noch zu dem erhandelten Schlafrock kommen wird, ist zu bezweifeln und wenn auch ähnliche Versehen in anderen Geschäften vorkommen können, so ist man dort jedenfalls koulanter, als in solchem Ausverkauf, wo es nicht auf Erwerb von Kundschaft, sondern auf schleunige Räumung des Lagers zu möglichst hohen Preisen ankommt.

In Treptow ist heute ein Trauertag. Wenn sonst an anderen Sonntagen dort lustig das Tanzbein geschwungen wird, so herrscht heute tiefe Stille. Der Schöffe, Herr Hoffmann, hat einen dahin gehenden Erlaß ausgegeben, weil am Freitag der Amtsvorsteher, Herr Mostich, gestorben ist. Der vorige Amtsvorsteher, Vater des am Freitag verstorbenen, ist ebenfalls erst kürzlich gestorben, er war sehr alt geworden, trotzdem ließ sein Sohn ruhig tanzen, weil er sich sehr richtig sagte, daß diese gewiß sehr traurige Familienangelegenheit mit der Oeffentlichkeit nichts zu thun habe. Nun ist auch der Sohn in verhältnißmäßig jugendlichem Alter verstorben, und ein anderer verbietet die Tanzmusik. Die Lokalinhaber von Treptow sollen über diese sonderbare Pietät gerade nicht sehr erbaut sein.

Für den Herrn Stadtverordneten Hoffmann II. In der Thaerstr. 56 wohnt eine Familie mit acht Kindern im Waschkeller. Diese Familie würde dem Herrn Stadtverordneten für den Nachweis einer „sehr hübschen" Wohnung für 100 Mark sehr dankbar sein.

Diejenigen Familien, welche gesonnen sind, an Studirende möblirte Stuben zu vermiethen und das auf der Universität eingetragen zu sehen wünschen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie solche an den im Universitätsgebäude, Platz am Opernhause (erster Eingang von der Universitätsstraße aus gerechnet), wohnenden Ober-Pedell Mertins bald, mit Angabe der Lage, des Preises und der Treppenzahl anzuzeigen haben. Es ist nicht zu unterlassen, sobald das Zimmer vermiethet ist, dem Herrn Mertins zur Vermeidung weiterer Nachfragen und unnützer Belästigungen hiervon umgehend Nachricht zu geben.

Die Droschkenkutscher streben in Folge der sich stetig mehrenden Pferdebahnen und Omnibusse eifrig nach der Einführung von halben Touren. Sie sind überzeugt, daß sie dann bedeutend mehr zu thun bekommen würden. Die Fuhrherren wollen vorläufig davon nichts wissen.

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Schrauben-, Facondreher und Berufsgenossen Berlins tagte am 31. März in Wohlhaupt's Salon, Manteuffelstr. 9, unter Vorsitz des Herrn Jacobs. Die Tagesordnung lautete; 1. Bericht über den Streik in der Fabrik von Weise in der Sebastianstraße. 2. Wie verhalten sich die Schrauben- und Facondreher Berlins zu den partiellen und zum Generalstreiks? Der Vorsitzende erklärte zunächst, daß von einer Arbeitseinstellung von Seiten der Arbeiter in der Fabrik von Weise nicht die Rede sein könne, vielmehr seien dieselben von Herrn Weise entlassen worden. Redner forderte die Kollegen der genannten Fabrik auf, den Sachverhalt der Versammlung wahrheitsgemäß auseinanderzusetzen. Zur Aufklärung meldete sich Herr Schildmann. Derselbe ließ sich folgendermaßen aus: Er habe eine Sorte Schrauben, für welche es in allen anderen Schraubenfabriken mindestens pro 100 Stück 1 M. 75 Pf. gebe, von Herrn Weise für 1 M. 35 Pf. pro 100 in Arbeit bekommen; da er (Redner) aber bei angestrengtester Arbeit bei dieser Arbeit den Minimallohn von 3 M. 50 Pf. pro Tag nicht erreichen konnte, habe er Herrn Weise um eine Erhöhung des Preises auf 1 M. 75 Pf. pro 100 gebeten. Herr Weise habe sich jedoch geweigert darauf einzugehen, legte jedoch 25 Pf. pro 100 zu, so daß der Preis nunmehr 1 M. 60 Pf. betrug. Redner erklärte sich jedoch auch mit diesem Preis nicht einverstanden, erklärte vielmehr, daß wenn Herr Weise nicht 1 M. 75 Pf. pro 100 Stück zahlen wolle, er sich an den Vorsitzenden des Fachvereins wenden würde. Herr Weise meinte, das wäre ihm sehr recht, er habe schon lange den Wunsch, den Vorsitzenden kennen zu lernen. Bevor Redner jedoch zum Vorsitzenden ging, besprach er sich mit seinen Kollegen über die Schritte, welche zu thun seien. Herr Weise habe hierauf seinen Arbeitern erklärt, daß dieselben Alle entlassen seien. So und nicht anders sei der Sachverhalt. Die Versammlung erklärte sich hierauf einstimmig mit dem Verhalten der Kollegen bei Weise einverstanden. Der Vorsitzende theilte hierauf mit, daß Herr Weise in einer mit ihm (Redner) gehabten Besprechung den Minimallohn von 21 M. pro Woche bewilligt habe, jedoch will derselbe nicht alle entlassenen Arbeiter wieder in Arbeit nehmen. — Hieraus sei zu sehen, daß, wenn die Kollegen alle treu zum Fachverein stehen, derselbe für sie Großes leisten könne. Herr Hirsch führte aus, daß die schlechten Preise in der Fabrik von Weise hauptsächlich den Submissionsarbeiten, welche daselbst gefertigt werden, zuzuschreiben wären, da bei denselben stets ein Fabrikant den andern zu unterbieten suche. An der Diskussion beteiligten sich noch die Herren Gorn, Zimmermann und Mille. Der Vorsitzende Herr Jakobs berichtete hierauf über die Besuche, welche die Kommission am Montag den Fabriken von Hille, Rosenbaum und Bartels gemacht habe. Bei Rosenbaum sei der Durchschnittsverdienst dem Minimallohntarif entsprechend, bei Hille werde derselbe nicht erreicht; jedoch erklärte Herr Hille, die Preise dementsprechend erhöhen zu wollen. Bei Bartels sei nicht Alles wie es sein sollte, jedoch behalte er (Redner) sich vor, in der nächsten Generalversammlung Näheres darüber mitzutheilen, da erst nähere Aufschlüsse über Einzelheiten eingezogen werden müssen. — Die Herren Mühlenfels und Zimmermann drückten ihr Bedauern darüber aus, daß die Kollegen von Bartels nicht ihre eigenen und die Vereins-Interessen besser vertreten. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute tagende Versammlung der Schrauben-, Facondreher und Berufsgenossen Berlins erklärt: von partiellen Streiks ferner abzustehen, vielmehr mit einem Generalstreik gegen die Fabrikanten vorzugehen, welche bis dato unseren Minimallohntarif nicht bewilligt haben."

Altona, 2. April. (Hafenarbeiter-Versammlung.) Etwa 400 Hafenarbeiter aus Altona und Hamburg hatten sich gestern Abend in Wulff's Etablissement versammelt, um über Mittel und Wege zu berathen, wie den Uebelständen abzuhelfen sei, daß die Vergebung der Hafenarbeit in den Händen der Gastwirthe liege und daß der Lohn in den Wirthshäusern ausgezahlt werde. Namentlich der letztere Umstand wurde als sehr demoralisirend bezeichnet, weil, um Arbeit zu erlangen, die Arbeiter erst tüchtig verzehren müßten. Es wurde beschlossen, einen Verein von Hafenarbeitern in Hamburg und Altona zu gründen und gemeinsam gegen obige Uebelstände vorzugehen.

* **Eine große öffentliche Volksversammlung,** in welcher der Reichstagsabgeordnete v. Vollmar über „Die gegenwärtige sozial-politische Lage und die Thätigkeit des Reichstags" sprechen wird, findet heute, Sonntag, Vormittags präzise 10 Uhr, in Keller's Salon, Andreasstr. 21, statt.

* **Verein der arbeitenden Bevölkerung des Südwesten Berlins.** Versammlung am Montag, den 5. d. M., in den „Kaiserhallen", Alte Jakobstraße 120. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

* **Verband der Möbelpolirer.** Montag, den 5. April, Abends 8 Uhr, bei Seeger, Grüner Weg 29, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vierteljahrsbericht. 2. Wahl des Vorstandes und der Kommission. Nur Mitglieder haben Zutritt. Buch legitimirt. Neue Mitglieder werden vor Beginn der Versammlung aufgenommen.

* **Verband deutscher Zimmerleute** (Lokal-Verband Berlin-Moabit). Montag, den 5. April, Abends 8 Uhr, im Donath'schen Lokal, Alt-Moabit 90, Versammlung. Tages-Ordnung: Vortrag, Quartalsabrechnung, Verschiedenes und Fragekasten.

* **Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Fabrik- und Handarbeiter** (E. H. Dresden), örtliche Verwaltung Berlin „Süd-Ost". Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 6. April, Abends 8 Uhr, Manteuffelstr. 90. Tages-Ordnung: 1. Die Bekanntmachung der Zentral-Verwaltung, Diskussion. 2. Abrechnung pro 1. Quartal 1886. 3. Verschiedenes. Sämmtliche Vorstände sind hierzu eingeladen.

* **Karton- und Luxuspapierarbeiter.** Montag, den 5. April c., Abends 8 Uhr, im „Königstadt-Kasino", Holzmarktstraße 72, Versammlung. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Freudenreich über: „Die Frauenarbeit in unserer Branche." 2. Ergänzungswahl der Kommission und Verschiedenes. Es ist Pflicht aller in der Karton- und Luxuspapierbranche beschäftigten Arbeiter, in dieser Versammlung zu erscheinen, um zu der beginnenden Lohnbewegung der Arbeiterinnen der genannten Branche Stellung zu nehmen.

* **Große öffentliche Eisenbahnarbeiter-Versammlung** Montag, den 5. April, Abends 9 Uhr, in Sanssouci, Kottbuserstr. 4a. Tagesordnung: Die Petition der Eisenbahnarbeiter an den preußischen Landtag. Referent Herr Georg Kördel. Abgeordnete sind eingeladen.

Diese jähe Nachricht erfüllte Edmund mit Verzweiflung und Entsetzen! Mochte die Innigkeit seiner Gefühle zu dem alten Herrn auch lange nicht die natürliche Stärke der Liebe eines Sohnes haben, geliebt hatte er ihn doch, und empfand jetzt erst, was ihm der Vater eigentlich hätte sein müssen. Mochte der Leichtsinn ihn auch verleitet haben, seine Gläubiger auf die Erbschaft zu vertrösten, seines Vaters Tod hatte er drum gewiß nicht gewünscht, und da derselbe eingetreten war, erschien es ihm, als habe der Himmel ihn für seine Leichtfertigkeit, seine Lieblosigkeit strafen wollen. Das Auge noch voll Thränen, eilte er, der Baronin und Astarten den Unglücksfall mitzutheilen. Hastig sich verabschiedend, nahm er die Adresse der Damen für B. in Empfang und eilte mit Kourierpferden in der Nacht dem „kalten Stein", der Heimath, entgegen.

Die einsame Reise und der Schmerz gaben ihm überflüssige Gelegenheit, sein Betragen einer reuevollen Prüfung zu unterwerfen, sein Leichtsinn, seine Undankbarkeit, Mathildens Bild traten ihm vor die Seele, beängstigten ihn entsetzlich und erzwangen von ihm die ernstesten Vorsätze zur Besserung, deren ein junges Herz in solcher Lage nur fähig ist.

Die Zustände im „kalten Stein" glichen inzwischen einem Chaos. Das Ableben des jovialen alten Josua war um so unerwarteter erfolgt, als derselbe in letzter Zeit körperlich wohler, geistig regsamer und im Gemüth beruhigter war, er ja an die Ankunft des Sohnes hoffnungsreiche Pläne knüpfte, welche sich nun leider nicht verwirklichen sollten.

Justus blieb, seiner eigenen Natur gemäß, äußerlich fest und zähe, aber in seinem Innern gingen eben so seltsame wie schmerzliche Dinge vor.

Mathilde, im letzten halben Jahre fast ausschließlich um den alten Herrn, den Vater ihres Edmund, war ebenso wie Christine ganz untröstlich. Ihnen gesellten sich Beate, Schurrig, Gerbert und das Hauspersonal zu, welche unter dem alten Josua ihr Glück gefunden hatten und nun ungewiß in die Zukunft sahen. Wohl selten war das Lob eines Verstorbenen so laut und wahrhaftig gepredigt worden.

(Fortsetzung folgt.)

Allen Freunden und Bekannten zeige hiermit an, daß ich mit dem heutigen Tage das

Cigarren- und Tabak-Geschäft

15 b Weinbergsweg 15 b

für eigene Rechnung übernommen habe. [1183

Cigarren in bekannter Güte. **Echten Hanewacker Kautabak.**

Achtungsvoll **A. Bremer.**

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren

eigener Fabrik von **eigener Fabrik**

C. Hertel, Tischlermeister, Linien-Straße Nr. 130,

dicht an der Friedrichstraße,

empfiehlt sein Lager aller Arten **Möbel und Polsterwaaren** zu streng soliden Preisen.

814 **Theilzahlungen gestattet.**

Große Auswahl in Gardinen, Stickereien, Corsetts, Schürzen 2c.

Damen- und Kinderhüte, geschmackvoll garnirt und ungarnirt, in größter Auswahl zu sehr billigen Preisen.

Hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich

Invalidenstrasse 159, nahe der Brunnenstrasse,

ein

Putz- und Weisswaaren-Geschäft

verbunden mit

Herrenartikeln, Kragen, Manschetten, Chemisetts, Shlipsen 2c.

eröffnet habe. Ich werde es mir stets angelegen sein lassen, durch streng reelle Bedienung und äußerst billige Preise die Zufriedenheit meiner werthen Kundschaft zu erwerben und bitte ich höflichst um geneigten Zuspruch.

Gustav Sabor,

1253] Invalidenstraße 159.

Umsonst werden bei mir beim Einkauf der Futhaten Strohhüte garnirt.

Modistinnen und Wiederverkäufern hohen Rabatt.

Sommer-Paletots in kürzester Zeit aus den gediegensten Stoffen, von 8—15 Thlr. Anzüge von 12—18 Thlr. Hosen von 3—6 Thlr. [1154

G. Dilssner, Schneidermstr.,

Alexandrinenstrasse 46, Quergeb. I.

Billigste Bezugsquelle für Gold- und Silberwaaren.

Zu Fabrikpreisen empfiehlt **Kreuze, Ringe, Boutons, Broches** mit **Anhänger, Medaillons, Colliers, Herren- und Damenketten** nach Gewicht, **Chemisett- und Manchettenknöpfe, Granatschmuck, Silberschmuck. Trauringe** in Dukatengold und in Silber vergoldet stets vorräthig. Werkstatt für neue Arbeiten und für Reparaturen, Gravirungen, Vergoldungen, Versilberungen 2c. [1063

Einkauf von Juwelen, Gold, Silber, Medaillen und Münzen.

A. Oertel, Berlin SW., Lindenstraße 109.

Cigarren- u. Tabak-Handlung

891 **en gros** **en détail**

Fritz Goercki

Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde").

Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupf-Tabake.

Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigaretten u. Tabake. Echt Nordhäuser Kautabake. [891

Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik [786

A. Schulz, Wasserthorstr. 34 (auch Theilzahlung). **Reelle Waare garantirt.**

---

1. Geschäft: Zimmerstraße Nr. 30.

Reelle Arbeit. **Feste Preise.**

Die von Mitgliedern des Fachvereins der Schneider gegründete

Produktiv-u. Rohstoffgenossenschaft der Schneider

zu Berlin (E. G.)

empfiehlt ihr Lager **fertiger Herren-Garderobe,** sowie ihr reichhaltiges Lager in- und ausländischer Stoffe, ebenfalls Futter, Borte und Knöpfe.

Herren-Garderoben

jeder Art werden nach Maaß angefertigt.

1245 **Der Vorstand und Verwaltungsrath.**

2. Geschäft: Lothringerstr. 51 (Ecke Weinbergsweg).

Den Herren **Schneidermeistern** die ergebene **Mittheilung,** daß die zweite große **Auflage** meiner **Muster-Kollektionen** für die **Sommer-Saison** in

Leinen, Drells, Hosenzeugen und Waschanzugstoffen

fertig gestellt und auf **Wunsch** gratis und franko zusende. [1251

Bestellungen bitte nur **direkt** an mich zu richten und **genau** auf meine Adresse zu achten. Bei Bedarf in **Futtersachen, Borden, Knöpfen** 2c. 2c. halte mich bestens empfohlen.

Siegmund Berger, Berlin S., 65 Alte Jakobstraße 65.

En gros. **Versand-Geschäft.** **En detail.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich ein

Restaurant Wienerstraße 31

eröffnet habe und bitte, mich durch geneigten Zuspruch unterstützen zu wollen.

999 **F. Mitan.**

August Herold

Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterw.-Magazin.

Eigene Fabrik. Solide Preise. Prompte Bedienung. 784

Sielmann & Rosenberg,

Berlin, Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

eröffnen einen großen 998

Ausverkauf

in modernen Kleiderstoffen,

schwarzen Cachemirs, Frühjahrs-Mänteln, Teppichen, Gardinen 2c.

zu sehr billigen Preisen.

Double-Cord,	s. dauerhaft., prak. St. f. Haus, glatt und hübsch klein gemustert	**Mt. 30 u. 40 Pf.**
Fancy-Diagonal,	melangirt., solid. Stoff, hübsch. Sommer-Straßen-Kostüm	**Mtr. 35 Pf.**
Mohair-Satin,	eine glanzreich griffige Waare, vorzüglich im Gebrauch . . .	**Mtr. 35 Pf.**
Beige-Mohair,	in allen hellen und dunklen Farben, besonders modern u. grau	**Mtr. 40 Pf.**
Fil à Fil,	mit Sommerplüsch arrangirt bildet es ein hübsches Sommerkleid	**Mtr. 50 Pf.**
Chiné-Royal,	melirtes Fantasie-Gewebe in auffallend schönen Dessins	**Mtr. 50 Pf.**
Chiné-Naturell,	ein aus Naturwolle (ungefärbt) hergestellter prakt. Sommerstoff,	**Mtr. 50 Pf.**
Samoa-Cachemir,	in allen hellen u. dunklen Farben	**Mtr. 40 Pf.**
Crep-Foulé,	ganz reine Wolle, doppeltbreit Mtr. 1,20, einfache Breite	**Mtr. 60 Pf.**
Nouveauté à Bordure,	doppeltbr., Mtr. 1,80, 1,50, 1,25 und . .	**Mt. 1 Mk.**
Nouveauté Bajadère,	dopp. br., allern. f. Saison-Kost., Mt. 2, 1,80, 1,50 u.	**Mtr. 1,25 M.**
Eine gr. Ausw. hochf. Sommerst.	Mt. 3, 2,50, 2 u.	**1,50 M.**
Reinw. doppeltbr. Cachemirs	in all. denkb. Farb. Mtr. 2,50, 2, 1,50 u.	**Mtr. 1 M.**
Schw. reinw. Cachemirs	f. r ell. Qual.	**Mt. 1, 1,50, 1,80, 2 2c.**

1 Posten wollene Morgenröcke 10, 12, 15, 20 Mark.

Hochelegante Frühjahrs- und Sommer-Mäntel in größter Auswahl 10, 12, 15 und 20 Mark.

Proben nach außerhalb gratis und franko.

Sämmtlichen Schulbedarf, sowie größte Auswahl in **Photographie-Albums,** Cigarren-, Cigaretten- u. Brieftaschen, **Portemonnaies,** Musik- u. Schreibmappen, Visitentaschen, Poesie-, Briefmarken- und Oblaten-Albums, **Ball- u. Gesellschafts-Fächer, Gesangbücher, Schulmappen,** Garderoben- u. Handtuchhalter, Schreibzeuge, Bürstenkasten, Notizbücher, Kochbücher, Spazierstöcke, Lager von **Bilder-Büchern** und **Jugendschriften,** sowie sämmtlichen **Schul- u. Schreibwaaren,** Galanterie- u. Bijouteriewaaren, **Uhrketten** f. Herren u. Damen, Broche, Ohrringe, Armbänder u. Halsketten, Bilderrahmen, Lampenschirme, Zirkel- und **Reißzeuge,** Uhrständer, **Nezessaire** in Leder u. Plüsch, ff. **Briefpapier m. Monogr.** und anderen Verzierungen, Schach, Lotto, Domino, Damenbretter, Tuschkasten u. s. w. **Brillen u. Pincenez** f. jedes Auge passend, in allen Nrn. vorräthig, v. 50 Pf. an.

Alb. Schwarzer, Skalitzerstr. 137.

Anfertigung sämmtl. **Drucksachen** f. den kaufm. u. gewerbl. Verkehr. [1184

Erste Produktiv-Genossenschaft

Berliner Schneider

(Eingetragene Genossenschaft)

Berlin S., Kommandantenstr. 61.

Herren-Gaderoben jeder Art

werden nach Maaß angefertigt

Reichhaltige Auswahl nur reeller in- und ausländischer Stoffe. Auf Wunsch Mustervorlage im Hause der Kunden. Saubere Arbeit, guten Sitz, solideste Preise garantirt [952

Der Vorstand.

Ed. Siebert. A. Krause. J. Güntner.

Das

Uhren-Geschäft

von [1151

R. Rittershausen,

Lehrbelliner-Straße 1, Ecke der Schönhauser Allee,

empfiehlt sein wohlassortirtes Lager sämmtlicher Uhren zu den billigsten Preisen. **Um den Einkauf zu erleichtern, werden auch sämmtliche Arten Uhren ohne jede Preiserhöhung gegen geringe Theilzahlungen abgegeben.**

Reparaturen

werden solide und billig ausgeführt.

Roh-Tabak.

Sämmtliche in- und ausländische Tabake offeriren in Ballen und ausgewogen. 831

Sumatra

von 165—500 Pf.

Berthold Frank & Co.

N., Brunnenstr. 7.

Wanduhren

mit

Patent-Schlagwerk,

welches die Stunden repetirt und nie falsch schlägt, selbst nicht, wenn die Zeiger zurückgestellt werden, empfiehlt [1070

Max Busse,

157. Invalidenstraße 157,

zwischen Brunnen- und Ackerstraße.

Kaffee! Kaffee!

Täglich frisch geröstet à Pfd. von 65 Pf. an, reinschmeckend.

Vorzüglich fein im Geschmack:

Mocca Melange

à Pfd. 1 M. und 1,20 M.

Angebrannte Kaffee's

in großer Auswahl zu billigsten Preisen

Blooker's Cacao, 1 Pfd.-Büchse 2,60 M.

Gem. Zucker,

fein weiß, à Pfd. 25 Pf.

Potsdamer Raffinade in Broden à Pfd. 31 Pf.

empfehlen [1130

Gebrüder Maass,

Admiralstr. 40, Ecke Skalitzerstraße.

Freunden und Bekannten empfehle ich mich zur pünktlichen Besorgung des **„Berliner Volksblatt"** sowie sämmtlicher Journale, Mode-Zeitungen, Brochüren u. s. w.

Central-Zeitungsspedition von H. Schmidt,

Manteuffelstraße 80. [1198

Neu Admiralstr. 38 **G. Sodtke.** Neu Admiralstr. 38

Kräftige Bouillon von 10 Uhr ab à 15 Pf.

Mittagstisch (Hausmannskost) à 50 Pf. mit Bier.

Abendtisch nach Belieben. Billig und kräftig. [939

Verantwortlicher Redakteur R. Gronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2. Hierzu eine Beilage

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 80. Sonntag, den 4. April 1886. III. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

84. Sitzung vom 3. April, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes v. Burchard und Kommissarien.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Pension und das Wartegeld für den Statthalter von Elsaß-Lothringen.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Berathung der Zuckersteuervorlage. In der zweiten Lesung ist über den prinzipiellen Punkt, die Steuersätze, ein Beschluß nicht gefaßt worden. Sowohl die Regierungsvorlage als die Kommissionsvorschläge sind abgelehnt worden. Es liegen heute drei Anträge vor:

1. vom Abg. Bormann, der ebenso wie die Vorlage die Rübensteuer erhöhen will, aber nur auf 1,70 statt auf 1,80 M. pro Doppelzentner; die Bonifikation soll auf 17,50 M. (jetzt 18 M.) festgesetzt werden.

2. vom Grafen Udo Stolberg, welcher den jetzigen Rübensteuersatz von 1,60 M. aufrecht erhalten, aber die Bonifikation auf 17,40 und nach Verlauf eines Jahres auf 16,40 M. ermäßigen will.

3. vom Abg. Racke, welcher unter Beibehaltung der jetzigen Rübensteuer von 1,60 M. die Bonifikation sofort auf 16,40 M. ermäßigen will, gleichzeitig aber eine Resolution folgenden Inhalts vorschlägt: „Der Reichstag richtet an den Herrn Reichskanzler das Ersuchen, diejenigen Vorarbeiten bewerkstelligen zu lassen, welche die Einführung der Fabrikatsteuer, womöglich auf Grund internationaler Vereinbarung, oder die Einführung einer Konsumsteuer bis spätestens zum 1. August 1890 bezwecken.

Abg. Graf Udo Stolberg: Nach der Rechnung, welche dem Antrage Bormann zu Grunde liegt, wird dieser 13½ Millionen, mein Antrag 11½ Millionen mehr eindringen, als die bisherige Steuer. Wenn sich aber das Rendementsverhältniß verbessert, so würde der Ausfall beim Antrage Bormann größer sein als bei dem meinigen. Dann würde zwischen beiden Anträgen nur eine Differenz von 1 bis 1½ Millionen sich herausstellen. Ich gebe zu, daß der Antrag Bormann etwas günstiger ist; er würde aber entschieden eine Ueberproduktion zur Folge haben. Bei meinem Antrage würden die finanziellen Erträgnisse sich allmälig steigern und die Industrie längere Zeit Ruhe haben. Die Resolution Racké, welche eine Fabrikat- oder Konsumsteuer erstrebt, womöglich auf Grund einer internationalen Vereinbarung, bitte ich abzulehnen. An eine internationale Vereinbarung glaube ich unter den jetzigen Umständen garnicht. Die Franzosen werden sich schwerlich entschließen, ihr System, welches Sie eben eingeführt haben, wieder zu ändern. Ich bin überhaupt gegen internationale Vereinbarungen sehr mißtrauisch. Ich denke, daß auch die verbündeten Regierungen meinen Antrag akzeptiren können, der sich von dieser Vorlage am wenigsten entfernt.

Abg. Barth: Meine Freunde und ich werden den Antrag Bormann, soweit er die Rübensteuer erhöhen will, ablehnen und dem Antrag Racke zustimmen. Sollte dieser abgelehnt werden, so werden wir für den Antrag Stolberg stimmen. Auch die Regierung kann diese beiden Anträge nicht ablehnen, wenn sie nicht in den Verdacht der schlimmsten „Obstruktion" gerathen will. Sie muß endlich mit dem System der Exportprämien gründlich aufräumen. Man muß ihr den Vorwurf machen, daß sie Jahre lang den Verfall de Reichsfinanzen nicht bemerkt oder ihm nicht entgegengetreten ist. Es ist sehr bedenklich, daß der Minister Lucius sich ziemlich unverblümt für die Exportprämie ausgesprochen hat. Ihm ist im Herzen darum zu thun, die Exportprämie aufrecht zu erhalten, jedenfalls will er sie nur mit Bedauern vermindern. Man will die Rohmaterialiensteuer nicht verändern, weil man unter dieser Form versteckte Prämien zahlen kann. Die Exportprämien spielen in unserer ganzen Wirthschaftspolitik eine dominirende Rolle. Der Schutzzoll ist auch nichts anderes, als eine versteckte Prämie. Das Fiasko mit der Zuckersteuer ist ein deutlicher Belag dafür, wie verhängnißvoll dieses ganze protektionische System für die Volkswirthschaft und die Reichsfinanzen ist. Den fast dogmatischen Satz, daß der Rohmaterialsteuer die Blüthe der Zuckerindustrie zu danken ist, erklärt einer der ersten Sachverständigen, Professor Scheibler, für eine Phrase. Ebenso unrichtig ist es, daß die Entwickelung unserer Zuckerindustrie auf den Schutzzoll zurückzuführen sei. Das beweist am besten folgendes Beispiel: 1843 existirte in Frankreich eine große Bewegung der Kolonial-Zuckerinteressenten, die bestehenden Rübenzuckerfabriken zu expropriiren, nur den Kolonialzucker konkurrenzlos nach Frankreich einführen zu können. Die Mehrheit der Deputirtenkammer erklärte sich dagegen, wollte der natürlichen Konkurrenz den Lauf lassen und beseitigte jeglichen Schutzzoll für den inländischen Zucker. Nun vermehrte sich im Laufe der nächsten Jahre die Produktion der Rübenzuckerfabriken ganz außerordentlich, ein Beweis, welch' mächtiger Impuls in der freien Entwickelung der Industrie liegt. Ob die Regierung der Pflicht nachkommen wird, die Exportprämien vollständig abzuschaffen, steht dahin. Die ganze Art und Weise der augenblicklichen Steuerpolitik ist eine planzlose, experimentelle. So viel steht fest, an der Zuckersteuer ist deutlich nachzuweisen, wie nothwendig die Rückkehr zu der früheren Steuerpolitik ist. (Beifall links.)

Abg. Racke: Die Regierung hat erklärt, die Fabrikatsteuer sei ja sehr schön, aber nicht durchführbar. Nun sind die Erträge der Materialsteuer in den letzten Jahren steigend zurückgegangen und zwar bis 1883/84 um 66,8 Prozent. Eine Materialsteuer ließe sich allenfalls rechtfertigen, wenn die Qualität des Materials sich gleich bliebe. Das ist aber nicht der Fall. In schlechten Rübenjahren ist der Steuerdruck größer als in guten. Man hat darauf hingewiesen, daß unter der Fabrikatsteuer in Frankreich die Industrie zurückgegangen sei. Das ist unrichtig. Alle wichtigen Erfindungen der Zuckerindustrie sind im Auslande gemacht, nicht in Deutschland. Exportprämien sind unter der Fabrikatsteuer ebenso möglich wie bei der Materialsteuer, aber offen und gleich, nicht versteckt und ungleich. Bei der Materialsteuer bekommen diejenigen Fabrikanten, welche 12 Zentner Rüben zu einem Zentner Zucker brauchen, nicht einmal die volle Steuervergütung; diejenigen aber, welche blos 9 Zentner brauchen, erhalten noch eine Exportprämie. Es besteht ein Monopol für die großen und eine Unterdrückung für die kleinen Fabrikanten. In Rußland ist die Fabrikatsteuer trotz der angeblich beschwerlichen Kontrolmaßregeln sehr gut ausführbar gewesen. Ich bitte Sie also, jede Steuererhöhung abzulehnen und meiner Resolution, welche eine Fabrikatsteuer in Aussicht nimmt, zuzustimmen.

Staatssekretär v. Burchard: Die Regierung hat sich in dieser schwierigen Frage dem Votum der Enquete, welche in ihrer Mehrheit für die Beibehaltung der Materialsteuer sich ausgesprochen hat, angeschlossen. So wünschenswerth die Fabrikatsteuer auch ist, so erheischen doch die Rücksichten auf die Industrie, daß wir diejenigen Steuerreformen beibehalten, die nach Feststellung der Enquetekommission als nützlich anzusehen sind für die Interessen der Landwirthschaft und der Industrie. Sie haben in der zweiten Lesung die Regierungsvorlage abgelehnt, ohne etwas anderes an deren Stelle zu setzen. Die Regierungen müssen dringend wünschen, daß das, was jetzt zu Stande kommt, kein Provisorium ist, sondern die Gewähr der Dauer in sich trägt. Wenn nach kurzer Zeit die Gesetzgebung wieder geändert wird, so muß dies die Industrie beunruhigen. Es fragt sich zunächst, in welchem Maße der Konsum belastet werden soll. Wir haben seit dem Bestehen des Zollvereins eine Belastung von 9—10 M. gehabt. Die Regierungen glauben, daß kein Anlaß vorliegt, dieses Maß der Besteuerung abzumindern. Der Zucker ist ein allgemeiner Verbrauchsgegenstand; ein nützlicher aber kein nothwendiger; und die linke Seite hat immer anerkannt, daß er ein sehr geeignetes Steuerobjekt sei. Die Regierungen sind andererseits geneigt, der Fabrikation resp. dem Konsum jede mögliche Erleichterung zu Theil werden zu lassen, selbst unter finanziellen Opfern; sie haben auch ein angemessenes Uebergangsstadium für nützlich gehalten, in welchem eine höhere Vergütung zur Anwendung kommen sollte. Die preußische Regierung hat nach Schluß der zweiten Lesung sich gefragt, wie weit den Wünschen des Reichstages entgegenzukommen sei und hat es für diskutabel gehalten, bei den Regierungen zu befürworten, daß an Stelle des Uebergangsstadiums von einem ein solches von zwei Jahren trete. Die Regierungen haben auch sonst erhebliche Erleichterungen vorgeschlagen. Der Reichstag hat sich für die Zulassung zollfreier Läger ausgesprochen. Die Bedenken gegen diesen Vorschlag sind bereits ausführlich erörtert worden. Er würde sehr bedeutende finanzielle Opfer kosten. Es soll eine zinsfreie Lagerung bis zu einem Jahr gestattet werden. Da nun die Ausfuhrvergütungsscheine auf 6 Monate laufen, so würde jene Maßregel einen zinsfreien Vorschuß bis zur Dauer von 6 Monaten bedeuten. Die Brutto-Steuereinnahme betrug im vorigen Jahre 160 Millionen. Würde der Zucker auf die steuerfreien Läger gebracht, so würde damit ein Zinsausfall von 3 Millionen jährlich entstehen. Trotzdem will die preußische Regierung, wenn sonst ein zufriedenstellendes Resultat zu Stande kommt, auch diese Erleichterung beim Bundesrath befürworten. Die verbündeten Regierungen sind auch geneigt, das bestehende Provisorium, wenn es der Reichstag wünscht, noch zu verlängern. Das finanzielle Ergebniß würde bei einem Verbrauch von 100 Millionen Doppelzentnern Rüben sein nach der Regierungsvorlage 17 900 000 M. Mehrertrag (18 20 M. Steuervergütung), nach dem Antrage Stolberg 10 400 000 M., nach dem Antrage Bormann 12 850 000 M. Mehrertrag. Die verbündeten Regierungen haben den dringenden Wunsch, daß der Reichstag, wenn er ihnen das Eingehen auf eine Erleichterung ermöglicht, diese Anträge fallen läßt und ihr die nöthigen Mittel zur Verfügung stellt, um die Reichsfinanzen auf längere Zeit sicherzustellen. Insbesondere bitten sie, den Antrag Stolberg abzulehnen. Das Rendementsverhältniß, wie es von der Regierung vorgeschlagen, ist ein durchaus angemessenes, das der anderen Anträge ist ein zu niedriges. In dem Antrage Bormann müßte man zu einer Bonifikation von 17,25 M. kommen, wenn man die Ausbeute der Vorlage zu Grunde legte.

Abg. Robbe: Wenn der Herr Staatssekretär gesagt hat, daß das Verhältniß zwischen Marktwerth des Zuckers und Steuer 35 pCt. betrage, so muß ich dem in aller Bescheidenheit widersprechen. Der Marktwerth beträgt jetzt in London pro Doppelzentner 26 M., die Steuer, mit der der Doppelzentner im Inland belastet ist, 18 M., das macht aber ein Verhältniß zwischen diesen beiden Zahlen von 69 pCt. aus. (Hört! hört! rechts.) Im Jahre 1869 motivirte u. a. die Regierung ihre Steuervorlage damit, daß sich dieses Verhältniß von 35 auf 57 pCt. gesteigert, also ungünstiger gestaltet habe. Die Regierungsvorlage scheint nach der Stimmung des Hauses keine Majorität zu finden. Auf die Frage, ob wir das ganze System ändern oder dabei bleiben sollen, sage ich: wir wollen dabei bleiben. Allerdings würde ich wünschen, daß eine Reform möglich wäre, aber das geht eben jetzt nicht. Gegenüber den beiden vorliegenden Anträgen Bormann und v. Stolberg sage ich mir vor allen Dingen, wenn die Regierung den ernsten Willen steht, etwas zu Stande bringen zu wollen, wenn es sich also für sie nur darum handelt, zwischen einem Mehrertrag von 11 oder 13 Mill. Mark zu wählen, so wird sie sich sehr leicht entscheiden können. Das einzige Bedenken könnte sein, ob wir gegen die Gewährung der Summe auch die Vortheile eintauschen würden, die wir in dem Gesetze des Weiteren fordern, ich meine die steuerfreien Läger. Wie Sie aus einer Ihnen vom Abg. Graf Hacke und mir vorgelegten Zahlennachweisung ersehen, berechnen wir nach dem Antrage v. Stolberg für die Reichskasse ein Plus von 11, nach dem Antrage Bormann von 13 Millionen Mark. Für die Fabriken stellt sich die Sache so, daß für diejenige, welche mehr als 10 Zentner Rüben für den Zentner Zucker verbraucht, die Prämien verschwinden, gebraucht sie mehr als 10½ Zentner, so hat sie Steuerschaden. Die Zahlen sind nach beiden Anträgen ziemlich gleich, gestalten sich aber für die Fabriken, je besser sie arbeiten, vortheilhafter nach dem Antrage Bormann als nach dem des Grafen Stolberg. Dies würde für mich persönlich Veranlassung sein, mich für den Antrag v. Stolberg zu entscheiden. Ich halte es nämlich für prinzipiell falsch, daß die so wie so schon sehr günstig arbeitenden Fabriken hohe Prämien bekommen, nicht aber diejenigen, welche sie gerade brauchen. Daß etwas in der Bonifikationsgesetzgebung falsch ist, ist ganz klar. In Deutschland ist derjenige Theil der Produktion, der als fertige Konsumwaare ins Ausland geht, von 1879 zu 1880 von 26 pCt. auf 16 pCt. zurückgegangen, in Oesterreich dagegen in demselben Zeitraum von 28 auf 53 pCt. gestiegen. (Hört! hört! rechts.) Diese Zahlen können ihren Eindruck auf das Haus nicht verfehlen. Wir müssen vor allen Dingen das Raffineriegewerbe

Berliner Sonntagsplauderei.

C.R. Der große Mann hat wieder einmal gesprochen. Mit dem Brustton der Ueberzeugung, mit der ihm eigenthümlichen Wahrheitsliebe hat er sich in das Gefecht gestürzt, mit seiner wirklich granitenen Stirn hat er sich wieder den Berlinern gezeigt, und seine Getreuen riefen Bravo, und es herrschte eitel Jubel und Freude in Alt-Germanien, daß er, wenn auch geschunden und zerzaust, sich überhaupt aus den vernichtenden Debatten des Reichstages gerettet hatte. Was er sagt, ist ganz gleichgiltig; die Hauptsache ist, daß er überhaupt spricht, er kann es ja, er hat es dazu, weshalb soll er also nicht? Im freien, gesegneten Deutschen Reich kann ihm wenigstens Niemand den Mund verbieten, es wäre auch geradezu schrecklich, denn wer sorgte in dieser schlechten, nüchternen Zeit besser für allgemeine Volksbelustigung als er? Nächstens hoffen wir an den Anschlagssäulen Plakate zu lesen, die ungefähr so redigirt sind: „Heute Abend großer Klimbim bei Buggenhagen. Die geehrten Theilnehmer werden höflichst ersucht, Kittel und Ochsenziemer gleich mitzubringen." Bei ähnlichen Vergnügungen, wie sie beispielsweise am Freitag Abend bei Buggenhagen von Herrn Stöcker arrangirt wurden, scheint es nicht ganz überflüssig zu sein, wenn man seinen „Vertheidiger" sofort zur Hand hat. Indessen hat der Herr Hofprediger wenigstens eine gute Seite, er sorgt dafür, daß die Bockrabaulust in Berlin nicht ganz und gar unterdrückt wird; wir wissen freilich nicht, ob nicht für die nächste Bocksaison die Exekution des Schunkelwalzers nach der Melodie des „Deutschland, Deutschland über Alles" auf das Programm der christlich-sozialen Partei gesetzt wird. Etwas Aehnliches muß entschieden für die nächste Zukunft in Aussicht genommen werden, wenn den billigen Anforderungen des Publikums entsprochen werden soll.

Denn Abwechselung muß sein, der bloße Radau, und das ewige Hinauswerfen von Leuten anderer Gesinnung wirkten auf die Dauer auch ermüdend, und wenn zu oft gebraucht, verlieren die kräftigsten und anrüchigsten Schlagworte viel von ihrer Würze, sie ziehen einfach nicht mehr. Das Repertoire des Theaters am Johannistisch besteht nur aus wenigen Nummern, es muß entschieden auf etwas Neues gesonnen werden, und hoffentlich dauert es nicht lange, so giebt wieder einmal ein neuer Kriminalstudent eine Gastrolle.

„Nur nicht ängstlich", sagt bekanntlich der Hahn zum Regenwurm, indem er ihn verspeist, „nur nicht ängstlich", es wird sich schon etwas Neues finden. Sollte es nicht der Fall sein, so sind wir gern erbötig unsere bescheidene Phantasie zur Verfügung zu stellen.

Die Welt ist eben unzufrieden, man beklagt sich über das Schwinden der guten, alten Zeit. Die alten Leute behaupten, die Winde wehen nicht mehr mit der einstigen Wucht, das Gelbe im Ei sei kleiner, das Weiße gefälscht. Ja, es ist schlimm, wenn man mit solchen mißtrauischen alten Leuten zu thun hat, und wenn keine neuen hinzukommen. Wir kennen die christlich-soziale Partei zu wenig, aber es will uns scheinen, als ob wir mit unserer Annahme nicht ganz im Unrecht wären. Die Jugend, der frische Nachwuchs macht eine Partei mächtig, — für die Jugend bringt jeder Sonnenstrahl Gold, für sie macht jede Schwalbe einen Sommer, und jedes reizende Gänschen erscheint ihr — um seiner Flügel willen — als ein Engel; für sie ist Alles von rosigem Schimmer umflossen, vielleicht sogar die Schwiegermama.

Doch wir gerathen auf Abwege, wir wollten eigentlich noch ein wenig von Herrn Stöcker und seinem Anhang erzählen — indessen schon vor mehreren Tagen ging das graue Wolkenportal auf, der Lenz kam lächelnd heraus, und wo vor sechs Monaten goldbraune Blätter auf den Boden niederwirbelten und die Krähen im Vorgefühl nahender Stürme weithinschallende Kernreden hielten, blühen jetzt die Weiden.

Die Nächte des Frühlings gehen nicht einsam über die Erde wie die kalten unfruchtbaren Tage des Winters; sie sind glückliche Mütter, denen tausend und tausend spielende Kinder nachhüpfen, und bleiben die letzteren irgendwo aus, sieht es der Storch, der nach alter Gewohnheit von seinem Nest herab den Gang der Bevölkerungsstatistik überwacht. Doch das sind Frühlingsgedanken, die nicht für Jedermann angebracht sind; man thut gut, derartige Betrachtungen zu unterdrücken; wenden wir uns lieber dem Realen zu.

Geschlecht um Geschlecht erblaßt, die Sonne aber glüht und leuchtet in ewiger Jugend. Und jede Zeit wächst aus eigener Kraft empor, nährt sich vom Moder der Vergangenheit, nur die Erfahrung bleibt. Alle Jahre knospt die Welt wieder auf, leider bleibt das junge Grün ohne Wirkung auf das Herz der Steuer-Einschätzungskommission. Ihr Blick ist am Ende wie am Anfang des Jahres derjenige einer Riesenschlange, welche, um einen Baumstamm geringelt, auf ihr Opfer lauert. Die Kommission kennt kein Erbarmen, unerbittlich naht der Steuermann, sein ungebetenes Erscheinen erinnert an das des nunmehr glücklich beseitigten Mannes mit dem Koaks, und selbst der gewiegteste Steuerverweigerer fällt der Kommission mit drei Mark Arrestkosten in die mit wilder Gier ausgespreizten Fangarme. Da hilft kein Mundspitzen, da muß gepfiffen sein. Aber das schadet nichts, je weiter der Bürger im Steuerzahlen vorrückt, desto kritischer wird er; je weniger Zähne ihm bleiben, desto mehr Haare hat er darauf.

Die Steuerveranlagung ist auch ein Frühlingsvergnügen für den Berliner, er hat sich im Laufe der ewig geldbedürftigen Zeit so sehr an dieses nothwendige Kulturrequisit gewöhnt, daß ihm entschieden etwas fehlen würde, wenn er einmal übergangen würde.

Aus Kunst und Leben.

Das Kaiser-Panorama (Passage) stellt in dieser Woche neben den malerischen Landschaften Schottlands den zweiten Zyklus von Savoyen, die interessantesten Alpenlandschaften enthaltend, aus. Von Jung und Alt wird dieses Kunstinstitut viel besucht.

Projektirtes Repertoire der Königlichen Schauspiele vom 5. bis 11. April 1886. Im Opernhause: Montag, den 5.: Fidelio. Dienstag, den 6.: Maurer und Schlosser. Wiener Walzer. Mittwoch, den 7.: Der fliegende Holländer. Donnerstag, den 8.: Der Trompeter von Säkkingen. Freitag, den 9.: Figaro's Hochzeit. Sonnabend, den 10.: Violetta. (Frl. Battine a. G.) Sonntag, den 11.: Aida. — Im Schauspielhause: Montag, den 5.: Das Stiftungsfest. Dienstag, den 6.: Tilli. Mittwoch, den 7.: Kabale und Liebe. Donnerstag, den 8.: Rosenkranz und Güldenstern. Freitag, den 9.: Sommernachtstraum. Sonnabend, den 10.: Aspasia. Sonntag, den 11.: Wallensteins Lager. Piccolomini.

stärken. Deshalb empfehle ich Ihnen auch den Vorschlag des Abg. Trimborn in der vorsichtigen Form, wie er ihn diesmal vorgelegt hat. Ich kann nur wünschen, daß die Regierungen dem, was die Majorität des Reichstags beschließen wird, zustimmen möchten, sei es in Form des Antrags Stolberg oder Bormann. Ich spreche zugleich den dringenden Wunsch aus, daß, wenn die Regierungen nach Lage der Sache nicht ihre volle Forderung bekommen können, sie daraus keine Veranlassung nehmen möchten, ihrerseits der Industrie das vorzuenthalten, was nach Meinung aller Sachverständigen zur Heilung unserer Industrie wesentlich beitragen würde: die steuerfreien Läger!

Abg. Buhl: Nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse trägt keiner der vorliegenden Anträge die Gewähr irgend einer längeren Dauer der Wirksamkeit in sich. Der Vertreter der verbündeten Regierungen gab den Ertrag der Zuckersteuer für das letzte Betriebsjahr auf ungefähr 10 Millionen Mark an, das aus dem Regierungsvorschlage erwachsende Mehr auf 18 Millionen Mark, das macht eine Gesammteinnahme von etwa 28 Millionen Mark. Ich fürchte, daß wenn die Vorlage Gesetz würde, auch diese Voraussetzung zu optimistisch ist. Dies läßt mich wiederum auf die Melassebesteuerung als eine Nothwendigkeit hinweisen. Außerdem kann es sich nicht empfehlen, mit einer wesentlichen Entlastung des Zuckerkonsumenten vorzugehen. Wir haben keine Erhöhung der Steuer, sondern eine Herabsetzung derselben nöthig. Ich hatte selbst in engerem Kreise für eine Steuererhöhung auf 1,70 M. mit einer Herabsetzung der Bonifikation von 17,20 M. mich ausgesprochen. Aber im Interesse des Zustandekommens eines, wenn auch vorläufigen Definitivums, sehe ich mich genöthigt, von einem besonderen Antrage abzusehen. Deshalb stimmen meine politischen Freunde und ich dem Antrage Bormann zu. Bezüglich einer endgiltigen Lösung der Frage empfiehlt sich meiner Ansicht nach durchaus nicht der Antrag Racke. Nachdem die Zuckersteuerfrage in anderen Staaten flüssig geworden, empfiehlt sich eine derartige radikale Aenderung nicht. Der Reichstag würde sich auf eine verhältnißmäßig ferne Zukunft binden; dagegen erkenne ich in dem von Herrn Sombart gemachten, hier im Hause vom Abg. Pfafferott aufgenommenen und vertretenen Antrag einer Verbindung von Material- und Konsumsteuer den richtigen Weg zu einer endlichen Heilung. Deshalb habe ich auch nur übernommen, um die Schwierigkeiten einer Einigung nicht zu erhöhen, die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen auf diesen Sombartschen Vorschlag zu richten.

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Spezialberathung der §§ 1 und 2, zu welchen die oben mitgetheilten Anträge vorliegen, empfiehlt

Abg. Trimborn seinen bereits in zweiter Lesung eingebrachten aber damals abgelehnten Antrag, den „Würfelzucker" in die höchste Bonifikationsklasse zu setzen.

Abg. Graf Hacke befürwortet den Antrag Stolberg und klagt zugleich über den Mangel an Entgegenkommen, den die verbündeten Regierungen den Zuckerfabrikanten haben zu Theil werden lassen.

Schatzsekretär v. Burchard: Dieser Vorwurf ist neu und kontrastirt seltsam mit den schweren Anklagen aus dem Hause, daß die Regierungen für die Reform der Zuckersteuer nichts gethan haben. Es sollen doch jetzt von den Fabrikanten nicht Opfer gefordert, sondern nur die Vortheile herabgemindert werden, die ihnen zugewendet worden sind. Meine Aeußerungen müssen mißverstanden sein. Ich habe als Standpunkt der Regierung bezeichnet, daß das Maß der Zuckersteuerbelastung festgehalten werden muß. Ich kann nicht sagen, ob die verbündeten Regierungen eventuell dem Antrag Bormann zustimmen würden. Thatsache ist, daß er einen Mehrertrag von mehreren Millionen ergeben und insofern den Vorzug vor dem Antrag Stolberg verdienen würde.

Abg. Meyer (Halle): Ich bitte Sie, die Anträge Trimborn und Stolberg anzunehmen. Das ganze Haus steht unter dem Gefühl, daß ein Gesetz zu Stande kommen muß. Selbst wenn die verbündeten Regierungen sich im letzten Augenblick noch entschließen, das Gesetz von 1882 zu verlängern, würden wir zu einem ungenügenden Resultat kommen, das auch für den politischen Kredit des Reichstages nicht vortheilhaft sein würde. Ziehen wir jetzt die Diagonale der Kräfte, so müssen wir die Neuerungen zurückziehen, welche auf erheblichen Widerstand in diesem Hause gestoßen sind. Derartige Neuerungen waren der Antrag auf Erhöhung der Rübensteuer und auf Einführung der Melassesteuer. Ich kann namens meiner politischen Freunde erklären, daß wir, wenn der Antrag Stolberg abgelehnt wird, nicht mehr in der Lage sein werden, für den Antrag Bormann zu stimmen. (Hört! rechts.)

Abg. Struckmann erklärt sich für den Antrag Bormann, obwohl ein Theil seiner Freunde die Regierungsvorlage als am zweckentsprechendsten ansehe. Den Antrag des Grafen Stolberg könnten er und seine Freunde nicht annehmen, weil er eine Etappe bilde zur Fabrikatsteuer.

Geh. Regierungsrath Fritsch bittet, aus technischen Gründen den Antrag Trimborn abzulehnen.

Die Debatte wird hierauf geschlossen und der Antrag Trimborn angenommen.

Unter Ablehnung der Anträge Racke und Bormann wird sodann der Antrag Graf Stolberg mit großer Majorität angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung genehmigt, nachdem auf eine Anfrage des Abg. Graf Hacke, bezüglich der Zuziehung von Interessenten zu der Aufstellung der Minister für die Anschreibungen, Geh. Rath Boccius erklärt hatte, daß er keine Veranlassung habe, die in dieser Beziehung in der Kommission gemachte Zusage zurückzuziehen.

Auch die Resolution Racke wird hierauf abgelehnt.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung des § 809 der Zivilprozeßordnung; Handelsvertrag mit Sansibar; Antrag v. Jazdzewski, betreffend die polnische Gerichtssprache; Rechnungsvorlagen.)

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung vom 3. April, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Goßler, v. Boetticher und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen. Nach § 1 soll der Handelsminister zu diesem Zwecke den Gemeinden Staatszuschüsse (nach der ursprünglichen Vorlage 200 000 M., die bereits in den Etat eingestellt sind) zu gewähren, geeignetenfalls auch solche Schulen aus Staatsmitteln zu errichten und zu erhalten ermächtigt sein.

Abg. Rozanski spricht sich gegen die Vorlage aus, der er einen polenfeindlichen Charakter zuschreibt. Seine Ausführungen bleiben im Einzelnen bei der großen Unruhe des Hauses auf der Journalistentribüne absolut unverständlich.

Abg. Rickert: Nichts ist schlimmer als selbstverständliche Dinge in ein Gesetz zu bringen. Die Vollmacht, welche wir der Regierung geben sollen, ist in viel soliderer Form durch eine Geldbewilligung bereits im Etat zum Ausdruck gekommen. Wenn der Landtag der Regierung künftig die 200 000 M. verweigert, schützt sie der § 1 des Gesetzes in keiner Weise. Oder soll § 1 das Etatsrecht umstoßen? Dann ist er gefährlich. Der § 1 ist entweder überflüssig oder vom Uebel.

Unterstaatssekretär v. Möller: § 1 dieses Gesetzes und die Etatsposition decken sich nicht, er enthält mehr als die Etatsposition. Von einer Umstoßung des Etatsrechts ist nicht die Rede. Die Etatsposition bewilligt eine Summe von 200 000 M. für ein Jahr und nicht länger. Sie stellt also die fernere Bewilligung in's Ungewisse. Diese Ungewißheit hat die Regierung vermeiden wollen dadurch, daß sie durch den § 1 die Gewißheit bekommt, daß ihr von Jahr zu Jahr die 200 000 M. bewilligt werden. Diejenigen Schulen, welche von den Gemeinden unterhalten werden, würden immer noch trotz der Verweigerung dieser Mittel aufrecht erhalten werden können. Die Schulen aber, die der Staat selbstständig gründet und dotirt, würden, sowie in einem Jahr die 200 000 M. verweigert würden, auf den Aussterbeetat gesetzt. Das muß vermieden werden dadurch, daß der Regierung diese Ermächtigung ertheilt werde.

Abg. Spahn: Gegen die Errichtung von Fortbildungsschulen wäre an sich nichts einzuwenden. Sie muß aber von den Gemeinden als Interessenten selbst ausgehen, nicht zwangsweise und schablonenhaft von staatlichen Behörden, welche mit den lokalen Verhältnissen nicht vertraut sind. Wenn in Westpreußen die Fortbildungsschulen bisher keine Fortschritte gemacht haben, so liegt das an den mangelhaften Vorschriften der Behörden und der mangelhaften Vorbildung der Zöglinge, wie dies in jener Provinz gar nicht anders möglich ist.

Abg. Dr. Scheffer wünscht, daß in den zu errichtenden Fortbildungsschulen das landwirthschaftliche Fachelement besonders berücksichtigt werde.

Abg. Motty (Pole) erklärt, daß, wenn diese Forderung nur in den Etat eingestellt worden wäre, er mit seinen Freunden, welche gegen die Errichtung von Fortbildungsschulen nicht seien, für dieselbe gestimmt hätte. So aber müsse er das Gesetz wegen seiner politischen Tendenz verwerfen.

Abg. v. Zedlitz-Neukirch: Das Prinzip des Gesetzes ist durch die Bewilligung der Etatsposition eigentlich schon entschieden, aber der Abg. Rickert hat doch nicht Recht, wenn er meint, § 1 des Gesetzes sei dadurch überflüssig geworden. Der Werth desselben liegt darin, daß er die Etatsposition auf Grund des Gesetzes für alle Zukunft sichert. Aus demselben Grunde halte ich auch das der Regierung in § 2 zuerkannte Zwangsrecht für zweckentsprechend.

Abg. Rickert weist gegenüber diesen Ausführungen auf den möglichen Konflikt hin, daß event. ein künftiges Parlament nur die halbe Summe bewilligen, in Folge dessen auch die Oberrechnungskammer eine Etatsüberschreitung moniren würde. Dadurch müßten sich auch die Unterlagen von Rechtssprüchen ändern. Hier liege die Gefahr, die allein vermieden werde, durch Ablehnung des § 1, der unter keinen irgendwie denkbaren Umständen mehr zu sagen im Stande wäre als eine Etatsposition. Diese genüge unter allen Umständen. (Beifall links.)

Nachdem Unterstaatssekretär v. Möller nochmals die für die Regierung maßgebenden Gründe gegenüber diesen Ausführungen wiederholt, bemerkt

Abg. Graf Limburg-Stirum, daß man unter keinen Umständen den Grundgedanken der Vorlage, die Bekämpfung des Polonismus, vergessen dürfe; diese Tendenz müsse im Gesetze um so mehr Ausdruck finden, als die agitatorischen Reden der polnischen Vertreter im Hause gezeigt hätten, wie nothwendig derartige Maßnahmen seien.

Die Diskussion wir geschlossen.

Abg. Kantak protestirt energisch gegen die Beschuldigung, daß er und seine Freunde hier agitatorische Reden gehalten hätten; sie wären einfach Vertreter ihrer eigensten hochgefährdeten Interessen. So weit sei es nunmehr schon gekommen, daß man solche von sachlichen Erwägungen und Begründungen getragene Erwiderungen agitatorisch nenne. (Widerspruch rechts.)

§ 1 wird hierauf angenommen.

In § 2 wird nach dem Kommissionsbeschluß dem Minister für Handel und Gewerbe die Befugniß ertheilt, Arbeitern unter 18 Jahren da, wo ein Ortsstatut den Besuch von Fortbildungsschulen nicht anordnet, diese Verpflichtung aufzuerlegen. (Die Regierungsvorlage wollte diese Befugniß generell für alle Orte ertheilen, wo Fortbildungsschulen bestehen.) Außerdem ordnet der § 2 an, daß der Unterricht an Sonntagen nicht während der Stunden des Hauptgottesdienstes ertheilt werden darf.

Abg. Schröder (Pole) erklärt sich in längerer Ausführung gegen jeden Zwang, namentlich bei Unterrichtszwecken. Derselbe habe gerade das Gegentheil des beabsichtigten Erfolges, er erzeuge Abneigung, Unzufriedenheit und Mißwollen. Redner wünscht Ausschluß des Fortbildungsunterrichts nicht nur an Sonntagen, sondern auch an katholischen Feiertagen, wovon im Gesetz nichts enthalten sei. Schließlich geht Redner auf die Tendenz des Gesetzes ein und sucht nachzuweisen, daß eine polnische Agitation der Jetztzeit lediglich in der Fiktion bestehe.

Abg. Sack (kons.): Ich hatte in der Kommission beantragt, den Unterricht in den Fortbildungsschulen an Sonn- und Festtagen überhaupt ausfallen zu lassen; der Antrag ist dort mit 9 gegen 9 Stimmen abgelehnt worden. Ich nehme ihn jetzt nicht wieder auf, weil ich hoffe, die Regierung wird diesem berechtigten, eigentlich selbstverständlichen Verlangen bei der Ausführung des Gesetzes nach Möglichkeit entsprechen.

Abg. Rickert: Ich halte auch den § 2 für überflüssig, unzweckmäßig und schädlich, wie überhaupt von diesem ganzen Gesetz, das die Regierung jetzt aus unbekannten Gründen so eifrig zu haben wünscht, nach ein paar Jahren gar nicht mehr die Rede sein wird. Um solcher Kleinigkeiten willen, wie sie hier in Frage sind, soll man nicht die feierliche Sprache der Gesetzgebung reden. Am letzten Ende wird auch der hier beabsichtigte Zwang sich als undurchführbar erweisen. Wir werden deshalb gegen das ganze Gesetz stimmen.

Vom Abg. Windthorst wird der Antrag eingebracht, den § 2 dahin zu ändern, daß der Unterricht an Sonn- und Festtagen überhaupt nicht ertheilt werden darf.

Unterstaatssekretär v. Möller erklärt die von der Regierung verlangte subsidiäre Befugniß zur Anordnung des obligatorischen Besuchs der Schulen für unentbehrlich. Auch die Regierung hoffe, daß die Anzahl der Fälle, wo die Regierung sich ins Mittel legen müsse, eine kleine bleiben werde. Gegenwärtig scheine es ja, als wenn in der großen Mehrzahl der westpreußischen und posenschen Städte die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts von Seiten der Gemeinden ausgeführt werden könnte; aber für die Dauer dieses Zustandes bürge Niemand, da die Ortsstatuten wieder zurückgenommen werden könnten. Die Polen würden der Errichtung der Schulen in voller Indolenz zusehen und Alles thun, sie zu diskreditiren.

Abg. v. Zedlitz: Der Abg. Rickert übersieht, daß man es in den in Rede stehenden Landestheilen nicht mit einer ruhigen und unbehinderten Entwickelung zu thun, sondern den verschiedensten in entgegengesetzter Richtung thätigen Einflüssen entgegenzuwirken haben wird, und um dies mit Erfolg zu können, bedarf die Regierung durchaus der im § 2 ausgesprochenen Ermächtigung, diese Zwangsbefugniß auszuüben. Der Antrag Windthorst würde die Absicht des Gesetzes zum großen Theil vereiteln, ich bitte also, ihn abzulehnen.

Abg. Spahn: Das Zentrum kann das Bedürfniß des hier verlangten Zwanges nicht zugestehen und wird deshalb gegen § 2 stimmen.

Abg. Graf Limburg-Stirum plaidirt für unveränderte Annahme des § 2.

Abg. Windthorst: Ich bin ganz entschieden für die Fortbildungsschulen; sie sind überall für unsere Jugend nöthig und wünschenswerth; auch theile ich den Wunsch, daß jeder preußische Unterthan polnischer Zunge Gelegenheit hat, sich das Deutsche so viel als möglich anzueignen. Aber zur Erreichung der hier erstrebten Ziele gehört nicht nur der Unterricht, sondern auch die Erziehung, die Sonntagsheiligung. Der Sonntag muß der Kirche und dem Elternhause bleiben. Nicht einmal das Wenige haben die Herren in der Kommission konzediren wollen?

Unterstaatssekretär v. Möller: Wenn auch das Ziel, den Sonntag von allen weltlichen Berufsgeschäften frei zu machen, sehr erstrebenswerth ist, so ist es doch nicht auf einmal und nicht durch die Gesetzgebung zu erreichen; zuerst gehört dazu eine Reform der Sitten und Gewohnheiten des Volkes. Ohne das bleibt jede gesetzgeberische Bestimmung ein todter Buchstabe. Die Regierung hofft, schon in einigen Jahren den Sonntagsunterricht in den Fortbildungsschulen völlig in Wegfall bringen zu können; aber generell von vornherein den Sonntagsunterricht untersagen, heißt die Erreichung der Absichten des Gesetzes zum großen Theil vereiteln.

Abg. Pfaff (Osterbruch, nat.-lib.): Jede nützliche Arbeit ist ein Gottesdienst (Lärm im Zentrum); wenn der Kommissionsbericht anführt, daß ein polnisches Mitglied auf die besonders strenge Sonntagsheiligung der Polen hingewiesen habe, die sogar das Stricken der Frauen am Sonntag vielfach mißbilligen, so ist eine solche Anschauung unbiblisch und ungeheuerlich. In den katholischen Ländern, namentlich in den romanischen, wird übrigens der Sonntag am allerwenigsten gefeiert. (Unruhe im Zentrum.) Nehmen Sie den Kommissionsantrag an! (Beifall rechts.)

In namentlicher Abstimmung wird darauf der Antrag Windthorst mit 194 gegen 89 Stimmen abgelehnt; für denselben stimmen nur das Zentrum, die Polen, die Konservativen v. Gerlach (Gardelegen), Knoch, v. Meyer (Arnswalde), Meyer zu Selhausen, v. Puttkamer (Plauth), von der Rack, Sack, Graf Schwerin, Stöcker, Südmeyer; ferner der Däne Lassen und Abg. Cremer (Teltow). von Spiegel (kons.) enthält sich der Abstimmung.

§ 2 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Bestrafung der Schulversäumnisse in den Provinzen Preußen und Schlesien.

Der Entwurf, den die Kommission unverändert anzunehmen vorschlägt, bezweckt die Beseitigung der für diese Provinzen s. Z. erfolgten provinzialgesetzlichen Regelung der Schulversäumnißfrage (im § 4 der Schulordnung für die Elementarschulen der Provinz Preußen vom 11. Dezember 1845 und in litt. e des § 39 des Schulreglements vom 18. Mai 1801 für Schlesien und die Grafschaft Glatz), und verlangt die Aufhebung der qu. Spezialbestimmungen. An ihre Stelle soll § 48 Theil II Titel 12 A. L.-R. treten, der den Erlaß von Polizeiverordnungen ermöglicht, welche den gegenwärtigen Verhältnissen, aber auch den besonderen lokalen wirthschaftlichen, klimatischen Bedürfnissen der einzelnen Bezirke Rechnung tragen lassen.

Abg. Spahn beantragt, die Beziehung auf die Provinz Preußen aus dem Entwurf auszuscheiden und in einem eigenen Gesetze für die Provinz Preußen den § 4 der zitirten Schulordnung dahin zu ändern, daß die Geldstrafe für jeden ungerechtfertigter Weise versäumten Tag von 4 auf 10 bis 15 Pfg. erhöht werden soll.

Ein Antrag des Abg. Windthorst, die Drucklegung dieses Antrages zu veranlassen und die Sitzung zu vertagen, wird abgelehnt; das Haus tritt in die Berathung des § 1, verbunden mit dem Antrag Spahn.

Abg. Schröder (Pole) spricht gegen die Annahme des Gesetzes, verliert sich aber dabei so sehr in allgemeine Erörterungen über pädagogische Systeme und den Werth der liebevollen Pflege der Muttersprache, daß er wiederholt vom Präsidenten auf den Gegenstand der Verhandlung zurückverwiesen werden muß.

Abg. v. Minnigerode empfiehlt die Annahme des unveränderten Regierungsentwurfs und die Ablehnung des Antrags Spahn.

Abg. v. Puttkamer (Plauth) warnt dagegen vor der Annahme des Gesetzes, das von der Kommission entschieden nicht gründlich genug geprüft worden sei. Die in Aussicht gestellten Polizeiverordnungen würden unfehlbar zu einer Erhöhung der Strafgelder führen, und die Folge wäre lediglich Steigerung der Auswanderung aus den ohnehin schon so armen Gegenden Westpreußens. Man würde also nicht dem polnischen, sondern gerade dem deutschen Element Abbruch thun. Es sei sehr bedauerlich, wenn das Haus in dieser Siedehitze der Gesetzgebung derartiges beschlösse. Die gesetzliche Regelung von 1845 habe sich durchaus bewährt. Eventuell akzeptirt Redner den Antrag Spahn.

Minister v. Goßler: Der Regierung liegt nichts ferner, als durch ihre Maßregeln die Stellung des deutschen Elements irgendwo zu schwächen (sehr gut! rechts); auch von der Siedehitze der Gesetzgebung ist bei mir wirklich nichts vorhanden. Wir haben ja erst 1883 die Schulversäumnißfrage auf das Eingehendste geprüft und erörtert. Die Polizeiverordnungen werden gerade die intimere Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse ermöglichen, zumal ja zum giltigen Erlaß dieser Verordnungen die Zustimmung der Bezirksausschüsse nöthig ist. Andererseits wird dadurch am sichersten die Verringerung der Zahl der Analphabeten garantirt; Herr von Puttkamer hat unzweifelhaft zu schwarz gemalt.

Abg. Wessel-Stuhm (freikons.) bestreitet ebenfalls, daß für Westpreußen von dem Gesetz eine so ungünstige Wirkung, wie die vom Abg. v. Puttkamer (Plauth) prophezeite zu erwarten sei.

Abg. Spahn bestätigt dagegen aus seiner Erfahrung die Richtigkeit der angegriffenen Ausführungen und erklärt die Eliminirung der Provinz Preußen aus der Vorlage im Interesse dieser Provinz für unerläßlich.

Um 4½ Uhr vertagt das Haus die Fortsetzung der Berathung auf Dienstag 11 Uhr. Außerdem dritte Lesung der Sekundärbahn- und der Ansiedelungsvorlage.

* * *

55. Sitzung vom 2. April, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Lucius und Kommissarien.

Das Haus setzt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen, fort mit den §§ 2a—2e, welche von der Kommission eingeschaltet sind und von den Rentengütern handeln.

Abg. v. Huene: Die gestrigen persönlichen Bemerkungen, sowie der Verlauf der Debatte zeigen, daß es sich hier weit weniger um Vorbringung von sachlichen Gründen, als um gewisse sentiments handelt, die ich als nationalen Fanatismus bezeichnet habe. (Sehr wahr! links.) § 2 und die dazu gehörigen Einschaltungen enthalten den Kernpunkt dessen, was beabsichtigt wird. Mit der Tendenz, welche sich darin ausspricht, den mittleren und kleinen Grundbesitz zu vermehren und zu verstärken, muß man durchaus einverstanden sein. Aber das, was die Nationalliberalen stolz gestern ausriefen: „wir wollen Bauern schaffen!", das erreichen Sie nicht. Auf die von der Kommission empfohlene Art schaffen Sie Proletarier, denn wenn der Rentengutsbesitzer stirbt, ist nichts vorhanden. (Sehr gut!) Auf solche Weise schaffen Sie keine freien Bauern. (Beifall links.)

Unterstaatssekretär Marcard: Die Vertragsfreiheit ist in Preußen durch besondere Gesetze beschränkt; die Grundzüge der preußischen Agrargesetzgebung werden durch die Kommissionsvorschläge nur in dem einen Punkte geändert, daß die Bestimmung des § 91 des Gesetzes vom 2. März 1850, wonach die Ablösbarkeit einer Rente nicht über 30 Jahre ausgeschlossen werden darf, aufgehoben wird. Die Angriffe des Abg. von Huene und auch des Abg. Dirichlet richten sich vielmehr gegen die bestehenden Rechtsverhältnisse als gegen die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes.

Abg. Enneccerus: Ich bin Gegner der Erbpacht, weil ich in ihr gewisse feudale Reste erkenne und mißbillige.

dagegen die vorgeschlagene Form des Rentenamts für liberaler halte. (Lachen links.) Die Rentenpacht verdient auch weit vor der Zeitpacht den Vorzug im Interesse des praktischen Liberalismus. Daher bitte ich, nehmen Sie die Vorlage an. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Ab. v. Meyer-Arnswalde: Die meisten Kolonisationsversuche sind auch bei gutem Boden nicht gelungen. Werden sie in Posen besser gelingen? Ich halte dies Terrain für besonders ungünstig, weil dort die Bauernwirthschaft im Niedergang begriffen ist. Von 1859—1880 sind in Posen 8396 spannfähige Bauernhöfe mit einem Areal von 5 Quadratmeilen untergegangen. Auch der Antagonismus der beiden Nationalitäten in Posen dürfte nicht viel Kolonisten anlocken. Ich glaube deshalb, daß die 100 Millionen einfach werden verwirthschaftet werden.

Abg. Wolff: Die Form des Rentengutes ist eine überaus glückliche. Sie ermöglicht es auch, weniger bemittelte Leute heranzuziehen. Das Institut der Rentengüter ist ja nichts Neues. Auch die Berliner Verwaltung trägt sich mit dem Gedanken, in der Nähe Rentengüter zu etabliren. Osnabrück ist bereits in demselben Sinne vorgegangen. (Beifall rechts.)

Abg. Dirichlet: Wenn den Herren die Latifundien ein solcher Dorn im Auge sind, dann fangen Sie doch gefälligst in Pommern und Schlesien an. (Unruhe.) Ich freue mich aber, daß auch Sie die Latifundienwirthschaft für verderblich halten, Ich werde mir das für die Zukunft merken. Die 100 Millionen sollen verpulvert werden, denn eingestandenermaßen soll das Kapital nicht wieder in die Staatskasse fließen. Der Minister Dr. Lucius sagte gestern, nach dem Landtag gesprochen: res judicata. Möchte er doch seinen Einfluß bei seinem Präsidialkollegen, dem Fürsten Bismarck, geltend machen, damit auch dieser sage: nachdem der Reichstag zweimal das Monopol in so vernichtender Weise abgelehnt (oh! rechts) ist res judicata: kein Monopol mehr. Der Minister will darüber entscheiden, ob der Rentengutsbesitzer berechtigt sei, Realkredit zu beanspruchen. Das kennzeichnet die ganze jetzige Richtung. Der Realkredit wird hier einfach zerstört. Sie geben den Leuten statt Brot nicht Steine, sondern ein Stück Papier. Die zweite Generation wird eine Menge landwirthschaftlicher Proletarier sein, der Boden der Sozialdemokratie. Das 18. Jahrhundert schuf Bauern 1. Klasse, Sie schaffen höchstens solche 3. Klasse! (Widerspruch rechts, Rufe: Normalbauer!) Wir fürchten, daß die Institution der Rentengüter den gesunden Gedanken der Zerschlagung der Latifundien in seiner Ausführung hemmen und hindern wird; wir sind gegen diese Einrichtung, weil sie nicht in friedlicher, sondern in kriegerischer Absicht geschaffen wird, weil sie den Stempel der Ueberhastung und des Fanatismus an der Stirn trägt! (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts.)

Minister Lucius: Ich weise die Behauptung, daß die Vorlage bestimmt sei, bankerotten Gutsbesitzern zu helfen, mit Indignation zurück (Lachen links), mit Entschiedenheit auch die Charakterisirung der Vorlage als einer solchen, die konfessionelle Zwecke im Auge hat. Sachlich hat weder Herr Dirichlet, noch Herr v. Huene etwas Neues vorgebracht (sehr wahr! rechts); es wurden nur längst widerlegte Behauptungen mit Behagen zum dritten oder vierten Mal vorgetragen. Die Einführung des Rentengutes hat sich seit 1879 immer dringlicher als für unsere agrarpolitischen Verhältnisse erforderlich erwiesen; allerdings handelt es sich hier zunächst um einen Versuch. Ich empfehle die unveränderte Annahme der Kommissionsbeschlüsse. (Beifall rechts.)

Abg. v. Erffa-Wernburg (kons.) vertheidigt die Einrichtung des Rentenguts gegenüber dem Abg. Dirichlet, dessen Kritik kaum schlimmer hätte ausfallen können, wenn sie sich gegen die Erbpacht überhaupt gerichtet hätte. Auch ich sehe dieses Gesetz als ein Kampfgesetz an, aber als ein Kampfgesetz in einem Kampfe, der uns in die Defensive gebracht hat. (Lachen links und im Zentrum.)

Die Debatte wird geschlossen. Abg. Dirichlet bemerkt persönlich gegen den Minister, daß im Bericht ausdrücklich die Eventualität des Ankaufs von Grundstücken erwähnt sei, die zur Zeit Deutsche besitzen, aber bei den schlechten wirthschaftlichen Verhältnissen nicht zu halten vermögen. (Hört, hört! links.)

§ 2 sowie die §§ 2a bis 2e wurden hierauf gegen die Stimmen des Zentrums, der Deutschfreisinnigen und der Polen unverändert angenommen.

Der Rest des Gesetzes wurde mit Ausnahme des § 3, welcher eine etwas modifizirte Fassung erhielt, ohne erhebliche Debatte gleichfalls nach den Beschlüssen der Kommission genehmigt.

Das Haus vertagte sich hierauf.

Schluß der Sitzung gegen 3 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

† **Unter der Anklage**, einen schweren Diebstahl gemeinschaftlich begangen zu haben, standen gestern der „Uhrmacher" v. Angern und der „Schlosser" Stade vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Im vergangenen Jahre war bei dem Schneidermeister K., Stralauerstraße, ein schwerer Diebstahl mittelst Nachschlüssels verübt worden. Sechs Ballen Tuche waren den Dieben in die Hände gefallen und von ihnen unter Angabe falscher Namen bei hiesigen Pfandleihern für 30 Mk. versetzt worden. Dies führte zur Entdeckung des v. Angern, eines Mannes, der mit dem Gesetze schon sehr häufig, u. A. fünfmal wegen Urkundenfälschung in Berührung gekommen ist. In der Voruntersuchung gab er den Schlosser Stade als seinen Komplizen und als den Verfertiger des Nachschlüssels an. Die heutige Verhandlung ließ es jedoch sehr wahrscheinlich erscheinen, daß diese Bezichtigung nur erfolgt ist, um den eigentlichen, nicht ermittelten Theilnehmer am Diebstahl der Bestrafung zu entziehen. Stade, der ebenfalls eine große Reihe von Vorstrafen aufzuweisen hat, gilt nämlich als Todeskandidat; er ist unheilbar lungenschwindsüchtig und deshalb auch auf Verlangen der Gerichtsärzte im Mai vorigen Jahres aus dem Zuchthaus entlassen worden, wo er von einer vierjährigen Strafzeit erst den kleinsten Theil verbüßt hatte. Weiteres Belastungsmaterial als die Aussage des v. Angern lag gegen Stade nicht vor. Der Staatsanwalt beantragte deshalb selbst seine Freisprechung. Der Gerichtshof schloß sich diesem Antrage an; v. Angern wurde zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr 6 Monaten, zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 2 Jahre und zur Zulässigkeit der Polizeiaufsicht verurtheilt.

Die fünf Vorstandsmitglieder des Vereins für die Reform der Schule und Erziehung, Prediger Schäfer, Apotheker Friederici, Kaufmann Gast, Maler Lippold und Buchhändler Griebenow, sowie der Buchdruckereibesitzer Ockler hatten sich gestern vor der 96. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts wegen Uebertretung der §§ 6 und 19 des Reichspreßgesetzes zu verantworten. In der am 12. November v. J. stattgehabten Versammlung dieses Vereins wurden am Eingange zum Saal zwei Schriften vertheilt, von denen die eine als Propagandamittel für den gedachten Verein vom Vorstand unterzeichnet ist und die andere einen Bericht über einen vom Prediger Schäfer gehaltenen Vortrag enthält. Auf beiden Druckschriften ist weder ein Verleger noch der Verfasser und Herausgeber benannt. Die erstgedachte Druckschrift ist bereits am 14. März 1884, die zweite am 2. Januar 1885 erschienen. Die Amtsanwaltschaft nimmt an, daß die Verjährung der durch Nichtnennung des Verlegers 2c. begangenen Uebertretung nicht Platz greift, weil beide Schriften von neuem verbreitet worden sind, und erachtet sämmtliche Vorstandsmitglieder und den Drucker für verantwortlich. Deren Vertreter im Termin beantragte Strafen von je 3 M. event. 1 Tag Haft. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Michaelis, machte den Einwand der Verjährung und verlangte, daß seinen Mandanten die Verbreitung der fraglichen Druckschriften nachgewiesen werde; er müsse dies entschieden in Abrede stellen. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten Schäfer wegen zweier Kontraventionen zu 3 M. event. 2 Tagen Haft, die übrigen Angeklagten zu 2 M. event. 1 Tag Haft, indem er die Vorstandsmitglieder für die Nichtnennung des Verlegers oder Verfassers verantwortlich machte und auf die beiden Einwände des Vertheidigers gar nicht einging.

Reichsgerichts-Entscheidung. Leipzig, 1. April. (Vergehen gegen die Gewerbeordnung.) Der Stadtrath und Fabrikbesitzer Martin und der Webermeister Thomas in Sorau waren von der dortigen Strafkammer von der Anklage der Uebertretung der Gewerbeordnung freigesprochen worden und die Staatsanwaltschaft hatte gegen dieses Urtheil Revision eingelegt, die kürzlich vor dem II. Strafsenate des Reichsgerichts zur Verhandlung kam. Die Anklage legte Herrn Martin zur Last, daß er im März 1885 in einer seiner Fabriken der Vorschrift der Gewerbeordnung zuwider eine Wöchnerin wieder in Arbeit genommen habe, obgleich an der vom Gesetze geforderten Frist von drei Wochen nach der Entbindung noch ein Tag gefehlt hatte; der Mitangeklagte Thomas, welcher bei Martin als Werkführer thätig war, sollte zu diesem Vergehen Beihilfe geleistet haben. Das Landgericht hatte beide freigesprochen, weil es als festgestellt erachtete, daß Martin von der Gesetzwidrigkeit keine Kenntniß gehabt und daß er mit seiner Stellvertretung in zwei seiner Fabriken (er besitzt deren drei) seinen Sohn Paul und den Mitangeklagten Thomas betraut gehabt habe. Die Revision des Staatsanwalts bestritt nun, daß hier eine Stellvertretung im Sinne des Gesetzes vorliege, da Thomas nach den eigenen Feststellungen des Landgerichts nicht auch zum selbstständigen Einkauf des Rohmaterials und zum selbstständigen Vertieb der fertigen Waaren befugt war. Der Reichsanwalt erachtete die Beschwerde für begründet. Er erklärte es für rechtsirrthümlich, daß der bloße Umstand, daß der Fabrikinhaber sich durch einzelne Personen vertreten läßt, jenen selbst von der gesetzlichen Verantwortlichkeit befreien solle. Der § 146 der Gewerbeordnung enthalte ein Polizeivergehen; es komme nur auf die Thatsache der Gesetzesübertretung an und von Vorsatz und Fahrlässigkeit sei daher zunächst nicht zu sprechen. Martin sei also verantwortlich gewesen, wenn er nicht nachweisen konnte, daß jene inkriminirte Handlung ohne sein Wissen und unter Umständen, die sein Wissen verhinderten, geschehen sei. Der erste Richter sage bloß, daß Martin nicht als Fabrikherr anzusehen gewesen sei, weil er sich durch seinen Sohn und Thomas habe vertreten lassen; es sei aber festgestellt, daß der Angeklagte Martin an der Spitze des Unternehmens stand und sich der anderen Personen nur als seiner Beamten bediente. Das Reichsgericht hob sodann, soweit Martin in Frage kam, das Urtheil auf und verwies die Sache nach Guben zurück. Das Verfahren gegen Thomas wurde dagegen eingestellt unter Uebernahme der demselben erwachsenen nothwendigen Ausgaben auf die Staatskasse. In den Entscheidungsgründen wurde betont, daß nach vielfachen Erkenntnissen des Reichsgerichtes Stellvertreter nur derjenige sei, der an Stelle jemandes das Gewerbe treibe, was aber Thomas nicht gethan habe. Allerdings habe derselbe einen Theil der Rechte des Martin besessen, aber nicht die Oberleitung. Von einer Stellvertretung könne aber nur dann die Rede sein, wenn der Vertretene sich der Leitung ganz enthalte. Martin sei also verantwortlich gewesen. Die Fahrlässigkeit habe das Landgericht bei ihm mit Unrecht verneint. Es nehme nur an, daß Martin nicht verpflichtet war, die Fabrik täglich zu kontroliren. Er ist aber, so sagt das Reichsgericht, verpflichtet gewesen, die Kontrole zu üben, welche Umgehungen der gesetzlichen Bestimmungen verhinderte. Bezüglich des Thomas wurde ausgesprochen, daß derselbe wegen Beihilfe nur dann hätte bestraft werden können, wenn Martin mit Dolus gehandelt hätte. Dies könnte vielleicht noch nachträglich festgestellt werden, aber es sei nicht nöthig, daß Thomas als Gewerbetreibender angeklagt war und daß der Beschluß der Strafkammer, in diesem Umfange gegen ihn das Verfahren einzustellen, rechtskräftig geworden sei.

Vereine und Versammlungen.

hr. **Im Verein zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen** hielt Herr Dr. Stahn am Donnerstag einen Vortrag über den Gegensatz des Männlichen und des Weiblichen im Welt- und Naturleben. Die Frau habe den Beruf, die Kinder, welche sie geboren, zu nähren, zu pflegen und zu erziehen. Demnach sei es naturwidrig, wenn heutzutage Frauen, welche Kinder haben, in den Fabriken oder sonstwo außerhalb ihrer Wohnung arbeiten müssen. Die schwächere Muskulatur der Frau deute darauf hin, daß sie weniger zu schwerer, anstrengender Arbeit berufen sei, als der Mann. Die geringere Gehirnmasse beweise, daß die Natur das Weib nicht dazu bestimmt hat, soviel zu denken und zu studiren, wie der Mann. Schließlich die „Frauenkrankheiten" besprechend, wies der Redner auf die Schädlichkeit der „Wespentaillen" machenden Korsetts und der engen mit hohen Absätzen versehenen Stiefel hin und warnte er die Damen vor zu vielem Kaffeetrinken und — vor Aerzten, welche durch Einimpfung von Giften Krankheiten verhindern und durch Eingeben von Giften Krankheiten heilen zu können vorgeben. Frau Guillaume-Schack, die zur Diskussion zuerst das Wort nahm, begründete ihren Protest gegen die Behauptung des Referenten, daß das Weib zum Denken weniger veranlagt sei, als der Mann, damit, daß mehr die Qualität, als die Quantität des Gehirns für das Maß der Intelligenz entscheidend sei, daß diejenigen Damen, die in neuer Zeit studirt haben, in ihrem Fache zum größten Theil Hervorragendes leisten und daß, wenn erst für die geistige Ausbildung der Mädchen in gleichem Maße, wie für die der Knaben, würde gesorgt werden, sich die Unhaltbarkeit des Vorurtheils, daß das Weib in Bezug auf das geistige Leben geringer veranlagt sei, als der Mann, bald herausstellen werde. Frl. Jagert bemerkte, daß, wenn die Frauen in Bezug auf das Denken den Männern noch nachstehen, dies darauf zurückzuführen sei, daß sie bisher nicht dazu angehalten worden sind, das Gehirn zu gebrauchen und durch den Gebrauch in der Entwicklung zu fördern. Frl. Wabnitz wies darauf hin, daß viele Frauen damit, daß sie sich an Vereinen und Versammlungen betheiligen, mehr Intelligenz bekunden, als die Männer, welche dieses Vorgehen der Frauen unpassend und lächerlich finden. — Der Kassenbericht über das verflossene Vierteljahr ergab einen Bestand von 298 M. Ein Bericht des Frl. Jagert über die Gründe, aus denen 8 Mädchen in einer hiesigen Kartonagenfabrik die Arbeit niedergelegt haben, hatte den Beschluß zur Folge, eine öffentliche Sammlung zu veranstalten und den Ertrag derselben den 8 streikenden Mädchen zuzuweisen. Frau Ihrer berichtete, daß vor einigen Tagen in Dresden die Gründung eines Arbeiterinnen-Vereins beschlossen worden ist. Demselben traten sofort 400 Personen bei.

* **Der Zitherklub „Süd-Ost"** ist gern erbötig, alle Arbeiterbezirks- wie Fachvereine bei event. Vergnügen unentgeltlich durch seine Vorträge zu unterstützen. Desgleichen werden neue Mitglieder aufgenommen und erhalten Auskunft jeden Dienstag, Abends 8 Uhr, bei Schmidt, Manteuffelstr. 71.

* **Flugtauben-Klub** jeden Montag, Abends 9 Uhr, im Restaurant Preuß, Oranienstr. 51.

* **Männergesangverein „Schneeglöckchen"** jeden Montag Abend im Restaurant Naunynstraße 78.

* **Zitherklub „Amphion"**. Jeden Montag Abend Uebungsstunde im „Kurfürstenkeller", Poststraße 5.

* **Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher.** Montag, den 5. d. M., Abends 8½ Uhr, Versammlung bei Weick, Alexanderstr. 31. Tagesordnung: 1. Der Werth der National-Oekonomie. Referent: Dr. Lütgenau. 2. Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission. 3. Die Verfügung des königl. Polizeipräsidiums. Gäste haben Zutritt.

* **Fachverein der Böttcher.** Sonntag, den 4. April, Vormittags 10½ Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Heise, Lichtenbergerstraße 21. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Besprechung über Sommervergnügen. 3. Abschaffung der Zunftgebräuche in unserem Gewerbe. 4. Verschiedenes.

* **Arbeiter-Bezirks-Verein der Oranienburger Vorstadt und des Wedding.** Montag, den 5. April, Abends 8 Uhr, General-Versammlung in Kleine's Salon, Gerichtsstraße 10, Ecke Hochstraße. Tagesordnung: 1. Vierteljahrsbericht. 2. Beschlußfassung über die Stellung des Vereins zu den Kommunalwahlen. 3. Vortrag des Herrn Boy über: „Die Zukunft des Handwerks." 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. 6. Fragekasten. Gäste haben Zutritt, wenn sie sich als Mitglieder einzeichnen lassen. — Für die Mitglieder dient das Quittungsbuch als Legitimation. — Die Bibliothek befindet sich bei Schramm, Hochstr. 32a, und können die Bücher jeden Sonntag Vormittag von 10—12 Uhr gewechselt werden.

* **Fachverein der Luxuspapier-Präger und Papier-Schläger.** Montag, den 5. d. M., Abends 8 Uhr, bei Seefeld, Grenadierstr. 33, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Ballmüller. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Vergnügen und Verschiedenes. Gäste haben Zutritt.

* **Verein der Einsetzer (Tischler).** General-Versammlung Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, Neue Friedrichstraße 44.

Letzte Nachrichten.

Der Fachverein der Zimmerer für Gera und Umgegend zu Gera ist auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden.

Tiefer hängen! Das „Dresdn. Journ.", welches sich im Gegensatze zu seiner amtlichen Kollegin, der „Leipz. Ztg.", bisher am politischen Streite sehr wenig betheiligte, hält es für angezeigt, jetzt in folgendem gegen die Sozialdemokraten aufzutreten: „Angesichts der Nachrichten über den in Belgien ausgebrochenen Arbeiteraufstand dürfte es angezeigt sein, auch vor dem, was in unserer Nähe vorgeht, die Augen nicht zu verschließen. Am 20. März früh von 2 Uhr an brannte die Fabrik der Gebrüder Büchler in der Jakobsgasse zu Crimmitschau bis auf die Umfassungsmauern nieder. Von einer Seite wurde angegeben, daß das Feuer durch Selbstentzündung der Baumwolle entstanden sei; von anderer Seite wurde aber der Brand mit der gerade jetzt auffälliglebhaften Thätigkeit der sozialdemokratischen Partei in Verbindung gebracht, welche unter den brodlosen Arbeitern in dortiger Gegend vermehrten Anhang gewonnen hat. Thatsache ist, daß am 18. und 26. März zu Crimmitschau wiederum Flugblätter insgeheim unter den Arbeitern vertheilt worden sind. Thatsache ist ferner, daß in der Nacht vom 17. zum 18. März von Sozialdemokraten eine rothe Fahne an den Telegraphendrähten aufgehangen, und daß gegen den Polizei-Aufseher Oelsner in Crimmitschau, welcher in Folge erhaltenen Auftrages am 18. März diese Fahne wieder entfernt hatte, eine Bedrohung von sozialdemokratischer Seite verübt worden ist. Oelsner erhielt nämlich am 29. März unter Kreuzband und unter der Aufschrift: „An den Obernachtwächter Oelsner in Crimmitschau" ein Blatt des „Sozialdemokrat" aus Zürich zugesendet, welches ein denselben in der gemeinsten Weise beschimpfendes „Eingesandt" und neben letzterem einen in Blaustift gezeichneten Galgen mit einer daran hängenden Person enthielt. Durch die jüngsten Reichstagsverhandlungen, insbesondere die Auslassungen Bebels, den Fürstenmord und gewaltsamen Umsturz der heutigen Staaten betreffend, wird über solche Thatsachen ein aufklärendes Licht verbreitet." — Also, weil die Sozialdemokraten den Polizeiaufseher Oelsner nicht leiden konnten, haben sie wahrscheinlich die Bächlersche Fabrik angesteckt. Solchen Blödsinn wagt ein Blatt seinen Lesern zu bieten. Tiefer hängen!

Amtliches Resultat der im Flensburger Wahlkreise stattgehabten Reichtagsnachwahl: Es wurden im Ganzen 13764 Stimmen abgegeben, davon erhielt Landgerichtsrath Gottburgsen in Flensburg (nat.-lib.) 7321 Stimmen, ist sonach gewählt; Agent Gustav Johannsen in Flensburg (Däne) erhielt 4141 und Schneidermeister Stephan Heinzel in Kiel (Soz.) erhielt 2286 Stimmen.

Brüssel, 2. April, Abends. In einer von den Ministern Beernaert, Devolder und Thonissen mit dem hiesigen Bürgermeister Buls, dem Generalprokurator Bosch, dem General Steefs und mehreren anderen höheren Offizieren heute abgehaltenen Konferenz wurde beschlossen, die zur Agitation für Erlangung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für den 13. Juni d. J. in Brüssel angekündigte öffentliche Kundgebung der belgischen Arbeiter zu verbieten.

Wie aus Konstantinopel vom 2. d. M. gemeldet wird, soll die Konferenz am 5. d. M., also am Montag, zusammentreten. Gadban Effendi begiebt sich heute Nacht mittelst Spezialzuges nach Sofia, um dem Fürsten Alexander die Beschlüsse des türkischen Ministerraths zu übermitteln, welche demselben ein Entgegenkommen dringend anrathen.

Das Wiener „Fremdenblatt" schreibt, die Absendung von sechs Torpedobooten zu dem österreichischen Geschwader in der Sudabai beweise den Willen der Mächte, die Blokade gegen Griechenland eventuell effektiv auszuführen. Italien habe ebenfalls Torpedoboote nach der Sudabai abgesandt.

Nach einer der englischen Regierung zugegangenen Mittheilung hat das russische Geschwader gestern Mitag Syra wieder verlassen und ist nach der Sudabai zurückgekehrt. Die Gerüchte, daß die russischen Schiffe von dem europäischen Geschwader abberufen seien, sind damit widerlegt.

Danzig, Sonnabend, 3. April, Vormittags. Gestern Nachmittag ist bei Neufähr unerwartet Eisstopfung in der Weichsel eingetreten. Das Hochwasser ist in Folge dessen zu einer solchen Höhe gestiegen, daß Dammbrüche unausbleiblich erscheinen. Der hiesige Hafen war in hohem Grade gefährdet. Gestern Abend brach bei der sogenannten Einlage der Damm der Nehrung, wodurch ein Theil der Nehrung überschwemmt wurde. Die ganze Nacht wurde mit Hilfe der Garnison an dem Schutze der Dämme und Schleusen angestrengt gearbeitet. Heute früh fand ein zweiter Dammbruch nach dem Werder zu bei Weßlinken statt, sowie ein Schleusenbruch bei Plehnendorf. Um 9 Uhr löste sich die Eisstopfung. Das Eis schwimmt in die See ab, so daß die größte Gefahr für die Stadt Danzig und den Hafen vorüber zu sein scheint.

Danzig, Sonnabend, 3. April. Der Werderdamm der Weßlinken ist an zwei Stellen gebrochen, die Ortschaften Weßlinken, Reichenberg und Plehnendorf stehen unter Wasser, mehrere Gebäude sind fortgerissen; jetzt sind die Brüche durch die Eisstauung theilweise verstopft. Die Plehnendorfer Schleuse ist heute früh vollständig gebrochen, der obere Schleusenkanal ist durch Eis, Holz und Sandsäcke verstopft und dadurch das Hochwasser vom Danziger Hafen abgehalten worden.

Briefkasten der Redaktion.

J. L. 77. Die Adresse ist: Ackerstraße 133.

Zwei Wettende. Die gestrige Notiz enthielt einen Druckfehler, es muß statt 13 Fuß heißen: 16 Fuß.

C. S. Sorauerstraße. Ihre Frage eignet sich aus naheliegenden Gründen nicht zur Beantwortung im Briefkasten. Wenden Sie sich persönlich an die Redaktion unseres Blattes.

G — g. Ihre Bemerkungen sind durchaus überflüssiger Natur. Auf uns üben dieselben wenigstens keine Wirkung aus. Sie dürften gut thun, in Zukunft die ganz unnöthige Schreiberei zu unterlassen.

Theater.

Sonntag, den 4. April.

Opernhaus. Don Juan. Oper in zwei Abtheilungen von Mozart.
Montag: Fidelio.

Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig, Schauspiel in 5 Akten v. Shakespeare.
Montag: Das Stiftungsfest.

Deutsches Theater. Der Hüttenbesitzer.
Montag: Don Carlos.

Wallner-Theater. Hasemann's Töchter.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Residenz-Theater. Frau Doctor, Schwank in 3 Akten von P. Ferrier u. H. Bocage.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Belle-Alliance-Theater. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer: Sein Spezi.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Zigeunerbaron. von Joh. Strauß.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Heiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiele und 3 Akten von Jakobson und Willen.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Viktoria-Theater. Don Pasquale, komische Oper in 3 Akten von Donizetti.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Ostend-Theater. Die Loreley, romantisches Schauspiel in 5 Aufzügen.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15. [1200

Heute:

Die Räuberherberge im Walde.

Große Märchen-Posse mit Gesang in 4 Akten von Friedrich Hopp.

Vor der Vorstellung:

Gr. Konzert der Hauskapelle.

Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7¾ Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7½ Uhr.

Bons haben Wochentags Giltigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Passage 1 Tr. 9 M. — 10 A.
Kaiser-Panorama.
Zum ersten Male: II. Abtheilung: Das malerische Savoyen.
I. Cyclus vom Schott. Hochland. Hertha-Reise. a Reise 20 Pf. Kinder 10 Pf.

Meine geehrten Freunde und Vereinsgenossen erlaube ich mir auf meine [1257

Destillation zur Leuchtkugel

Büschingstraße Nr. 18, Ecke Büschingplatz ergebenst aufmerksam zu machen und lade zum gefl. Besuche ein. **G. Riebs.**

Breslauer Getreidekorn,

Stonsdorfer Bittern, 1252

schlesische Sahnenkäse, prachtvolle Butter von 1 M. an, gem. Backobst, getr. Aepfel, Birnen, Kirschen, Pflaumen. Ferner beste Hülsenfrüchte sowie rohe u. gebr. Kaffees zu d. bill. Preisen empfiehlt **C. A. Hilbrich,** Dennewitzstr. 22.

Alle Freunde und Bekannte mache auf mein

Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal

aufmerksam. Bairisch-Bier à Seidel 10 Pfg., Weiße 20 Pfg. Achtungsvoll

C. Pfister,

1032] **Waldemarstrasse 61.**

Restaurant zum „Ambos".

Allen Vereinsgenossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich [1210

Breslauer-Straße 27, part.,

ein **Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal**

eröffnet habe. Um geneigten Zuspruch bittet

Gustav Tempel.

P. Fleischmann, 80 **Dresdenerstraße.**

Kräftige Bouillon von 10 Uhr ab, a 15 Pf. Mittagstisch (Hausmannskost) a 50 Pf. mit Bier. Abendtisch nach Belieben. Billig u. kräftig. [1242

Ill. Konv.-Lexika, Meyer's, Brockhaus' 2c. Neueste Aufl. **Ill. Weltgeschichte,** Schlosser, Corvin, Oncken, Weber und Bilder-Atlas dazu. **Buch der Erfindungen** u. Muspratis techn. Chemie. **Brehm's ill. Thierleben** 2c., sämmtl. Literaturw., deutsche und ausl. Klassiker liefern **ohne** Anzahlung geg. **bequ. Ratenzahl. ohne Preiserhöhung.** Reflekt. bel. Adr. abzug. bei
1261] **L. Schmidt,** Admiralst. 13, II.

Arbeiter-Bezirksverein für den Osten Berlins.

Dienstag, den 6. April, Abends 8½ Uhr,

Versammlung

in Keller's Lokal, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag d. Hrn. **Dr. Fr. Lütgenau** über:

„Die konfessionelle Frage in Preußen und Deutschland."

2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragekasten.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Mitglieder, welche ihre Wohnung gewechselt haben, werden gebeten, dies dem Kassirer **Berger** zu melden.

1248] Der Vorstand.

Arbeiter-Bezirksverein „Unverzagt"

Dienstag, den 6. April, Abends 8½ Uhr, im Restaurant **Jacoby,** Landsbergerstr. 82 (Landsberger Bierhallen) **General-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vierteljahrs-Bericht. 2. Kassenbericht. 3. Wahl eines Revisors. 4. Verschiedenes. 5. Fragekasten.

Die neuen Statuten sind in Empfang zu nehmen. Der Vorstand.

NB. Heute Sonntag **gemüthl. Zusammensein** im selbigen Lokale. 1239

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Tischler 1234

hält am Montag, den 5. April, Abends 8½ Uhr, Naunynstr. 44, eine **geschlossene Mitglieder-Versammlung** ab.

T.-O.: 1. Vierteljahrsbericht. 2. Wahl des gesammten Vorstandes. 3. Verschiedenes. Neue Mitgl. werd. aufgen. Die Mitgl. werd. ersucht, wegen d. Wichtigkeit d. T.-O. recht zahlr. z. ersch.

Große öffentliche

Eisenbahnarbeiter-Versammlung

Montag, den 5. April 1886, Abends 9 Uhr, Kottbuserstr. 4a, „Sanssouci".

Tages-Ordnung:

Die Petition der Eisenbahnarbeiter an den Preußischen Landtag. Referent Herr **Georg Pördel.** 1219

Abgeordnete sind eingeladen.

General-Versammlung des

Verbandes deutscher Zimmerleute

(Lokalverband Berlin West und Umgegend)

Montag, den 5. d. Mts., Abends 8 Uhr, in **Gründer's Salon,** Schwerinstraße 26. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Abrechnung. 3. Betreffend Delegirte zum Handwerkstag. 4. Verschiedenes u. Fragekasten. Um recht zahlr. Besuch im Interesse Aller bittet [1246

J. A.: **Otto Loß,** Vors., Landgrafenstr. 1.

Die **Versammlung** der

Platz-Deputirten der Zimmerleute Berlins und Umgegend

findet am Dienstag, den 6. d. Mts., Abends **pünktlich** 8½ Uhr, im Lokale Kommandantenstraße 77/79 statt. Das Erscheinen sämmtlicher Platzvertreter ist nothwendig. [1244

Die Lohnkommission:
J. A.: J. Seitzl, Fehrbellinerstraße 35.

Gauverein d. Maler Berlins

General-Versammlung

am Mittwoch, den 7. April, Abends 8 Uhr, in **Gratweil's Bierhallen,** Kommandantenstraße 77—79. Tagesordnung: 1. Kassenbericht pro Monat Februar. 2. Information der Delegirten. 3. Verschiedenes. [1243] Der Vorstand.

Bez.-Verein d. arb. Bevölk. d. SW. Berlins.

Montag, d. 5. April, Abends 8 Uhr, in den „Kaiserhallen", Alte Jakobstr. 120: Ord. Versammlung. T.-O.: 1. Vortrag (Ref. wird in der Versamml. bekannt gem.). 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Die Mitglieder werden ersucht, zahlr. zu ersch. Gäste sind willk. Aufn. neuer Mitglieder.

Generalversammlung der Freien Kranken- und Begräbnißkasse der **Schuhmacher** und Berufsgenossen Berlins (E. H. Nr. 27) findet Montag, den 12. April, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Feuerstein, Alte Jakobstraße 75, im oberen Saale, statt. Tagesordnung: 1. Vierteljährlicher Kassenbericht. 2. Innere Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig. [1236] Der Vorstand.

Oeffentliche Mitglieder-Versammlung der Central-Kranken- u. Sterbekasse der Maler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (E. H. 71 Hamburg) Filiale I (Nord) am **Mittwoch,** den 7. April, Abends 8 Uhr, im Lokale Ackerstraße 144 (Vorstädtisches Kasino). Um zahlreiches Erscheinen ersucht

1232] Der Bevollmächtigte.

Generalversammlung der **Ortskrankenkasse der Korbmacher** und verwandten Gewerbe **Montag,** den 12. d. Mts., Abends 8 Uhr, Adalbertstraße 21. Tagesordnung: Rechnungslegung. Um recht zahlreichen Besuch bittet

1223] Der Vorstand.

Die beim

Brande

theils feucht, theils unsauber gewordenen, sonst aber garantirt fehlerfreien Waaren kommen zu nachstehend enorm billigen Preisen zum Verkauf:

1 Posten schwerer **Powlas,** Wäschetuch, Chiffon 2c. **1½, 2 u. 2½ Sgr.**
½ Dtzd. lein. Handtücher (etwas unsauber) 9 Sgr., ½ Dtzd. lein. Taschentüch. 10 Sgr.
Bunte Bettbezüge, waschecht, in allen Mustern . . . . nur 1¼, 2 und 2½ Sgr.

Laken-Leinen ohne Naht, nur 5 Sgr.

Weiße Damaste zu Bettbezügen in schönen Mustern . . . . 3½, 4 und 4½ Sgr.

Leinen, Herrenhuter, Hausmacher-, Bielefelder und Creas-, **2½ u. 3½ Sgr.**

Bettdrelis und Inletts in einer Breite, rosa, blau und gestreift, 2½, 3½ und 4 Sgr.!
1 Posten Pferdedecken in dicker, gewalkter Waare . . . . Stück 17½ und 25 Sgr

Besonders empfehlenswerth: **Cachemir,** louleut u. schwarz, **4½, 5 u. 7½ Sgr.**

1 Posten moderner Kleiderstoffe, früher das Vierfache, . . jetzt 1½ und 2 Sgr.

1 großer Posten **Tüll-Gardinen** mit breiter Bordüre, **3½ u. 4½ Sgr.**

Sopha- u. Salon-Teppiche in allen Genres, **1½, 2½ u. 3½ Thlr.**

Ebenso ganz große echte **Smyrna-** und **Velour-Salon-Teppiche,**

Möbelstoffe, Chenillen-Portièren, elegante Rips- und Fantasie-Tischdecken. Reisedecken, Läuferstoffe **ganz enorm billig!!!**

P. S. Die schadhaften Gegenstände werden zu jedem Preise ausverkauft.

1 großer Posten **Gardinen-Reste,** echt Schweizer Tüll und Mull mit Tüll, pro Rest **10 Sgr.**

Spittelmarkt 17, Ecke Leipziger-Straße, Eingang Leipziger-Straße. [1262

Sonntag bis 1½ Uhr Mittag geöffnet.

Große Versammlung 1247

des **Verbands Deutscher Zimmerleute,** Lokalverband Berlin Ost und Umgegend, findet am 6. d., Abends 8 Uhr, Prokauerstr. 37/38, statt.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Vorschläge der Delegirten. 3. Verschiedenes. Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willk. Der Vorstand.

Berliner Stuckateur-Verein.

Montag, den 5. April, Abends 8 Uhr, **Versammlung** im Vereinslokal. 1240

Tages-Ordnung:

1. Vortrag von einem Rechtsanwalt über Rechtsschutz. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. Um r. pünktl. u. zahlr. Ersch. bittet der Vorstand.

Karton- u. Luxuspapierarbeiter.

Montag, den 5. April c., Abends 8 Uhr, Versammlung im **„Königstadt-Kasino,** Holzmarktstraße 72. Tagesordnung: 1. Ergänzungswahl der Kommission. 2. Die Frauen-Arbeit. Ref. Freudenreich. 3. Verschiedenes. [1255

Regulateure,

goldene und silberne

Taschen-Uhren

kauft man am billigsten in der

Uhren-Fabrik

von

MAX BUSSE,

157 Invalidenstraße 157,
1071] zwischen Brunnen- und Ackerstraße.

Gründliche Reparaturen an Uhren jeder Art, sowie Neuarbeiten unter Garantie!

Roh-Tabak!

Größte Auswahl,
reelle Bedienung,
!! billigste Preise !!
Sumatra 115-600 Pf.
Deutsche Tabake.

A. Goldschmidt,

Alexanderstraße 38a.

Zweites Geschäft: [1250

Brunnenstraße 155.

Einige Schlafsophas,

neu, gut gearbeitet, habe ich billig zu verkaufen.
Heinr. Kahlen, Tapezirer, [1213
Spezialgeschäft für Polsterwaaren, Potsdamerstr. 20, im Fabrikseitengeb., 2 u. 3 Tr.

Mehrere Herren suchen einen **Privatmittagstisch** in der Nähe der Gitschinerstraße. Adr. unter **M. 10** in der Expedition des „Berliner Volksblatt", Zimmerstr. 44. [1263

M. neu renov. **Saal** m. Bühne ist noch jed. Sonnab. i. Apr. z. v. **H. Krieger,** Wasserthorstr. 68.

Roh-Tabak.

Größte Auswahl sämmtlicher in- und ausländischer Sorten, sowie guten [913

Sumatra-Schnitt

zu billigsten Preisen

Brunnenstraße 141|142,

Heinrich Franck.

Preuss. Leihhaus,

Beuthstr. 14,

Aktien-Gesellschaft,

beleiht [1017

Waaren aller Art.

Hut-Fabrik von H. Kehr,

Skalitzerstraße 109.

Köpniker Straße 129,

Eingang Adalbertstrasse. [1241

Soeben erschien: [1230

Die Sozialdemokratie vor dem Deutschen Reichstage.

Stenographischer Bericht der Verhandlung des Deutschen Reichstages am 19. Februar 1886.

Zweites Heft.

Zu beziehen durch die **Expedition, Zimmerstraße 44.**

Soeben erschien Nr. 27 des

„Wahren Jakob".

Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44. [1229

Die Buchdruckerei
von

MAX BADING

BERLIN SW., Beuth-Str. 2

empfiehlt sich zur

Anfertigung von Druckarbeiten jeder Art

bei prompter und billiger Bedienung.

Kosten-Anschläge und Papierproben gratis und franco.

E. 2fenst. Zimmer ist leer z. vmih. Koppenst. 58 IV l.

E. schönes **Bett,** neu, 22 M., sof. zu verk. Reichenbergerstr. 183, Kistengeschäft. [1249

Arbeitsmarkt.

Einen **Tischlergesellen** a. Küchenmöbel verl.
1256] **Matuszewski,** Weberstr. 18.

Korbmacher. 1235

Korbmacher-Gesellen, welche bereits auf Bandkoffer gearbeitet haben, werden verlangt
J. & J. Baer Nachf., Oranienstr. 189.

Ein tüchtiger Figurenschnitzer
findet sofort sehr lohnende Beschäftigung bei
1228] Heinr. Schulz, Wassergasse 12.

Schneider auf Röcke
verlangt [1237] **Paß,** Prinzenstraße 59.

Alle Mann zu Fuss. Moritz-Platz 148

Magazin für Herren-Garderoben.

empfiehlt: [1155
Frühj.-Paletots von 15—36.
compl. Anzüge „ 24—50.
Bestellungen nach Maaß prompt und billig.

Deutsche Kunstgewerbe-Lotterie,

Ziehung in Berlin unwiderruflich **1.-4. Mai d. J.**

5000 Gew. im Gesammtw. von **62 900 M.**

Original-Loose à 1 Mk. 11 Loose 10 Mk.

910]

empfiehlt und versendet, so lange der Vorrath reicht

R. Schumacher, General-Debit Berlin C., Königstr. 14a.

N.B. Marienburger und Ulmer Geld-Lotterie-Loose versende à 3 Mark 50 Pf. franco Liste.

Verantwortlicher Redakteur R. Kronholz in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.